Donnerstag, 11. Oktober 1923. Einzelnummer 4000 Mark. 62. Jahrgang. Nr. 231.

Posener Tageblatt
(Posener Warte)

Bezugspreis monatlich M. in der Geschäftsstelle 70000.— in den Ausgabestellen 71000.— durch Zeitungsboten 72000.— am Postamt .... 70000.— Postgebühren 5460 M., ins Ausland 80000 poln. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Fernsprecher 2273, 3110.
Tel.-Adr.: Tageblatt Posen.
Postscheckkonto für Polen: Nr. 200283 in Posen.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint an allen Werktagen.

Anzeigenpreis: f. d. Millimeterzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens ... 2000.— M. Reklameteil 4000.— M.

Für Aufträge aus Deutschland: Millimeterzeile im Anzeigenteil 2000.— p. M. Reklameteil 6500.— p. M. in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Stimmungen und Vorgänge in Warschau.

Unser Warschauer Sonderberichterstatter schreibt uns:

Die Minister Polens haben das System eingeführt, sich vor der Presse zu äußern, bevor sie den Landesvertretern im Sejm Rechenschaft über ihre Tätigkeit ablegen. Das hat vor einigen Tagen Herr Kucharski, der Finanzminister, getan, und nun ist auch der Minister des Inneren, Herr Kiernik, diesem Beispiel gefolgt. Er hat von seinen Plänen erzählt, die Sicherheitsorgane neuzuordnen, und so manches andere. Am meisten Interesse in seiner Rede verdienen aber zwei Dinge. Zunächst sind es die Pläne, die der Minister hinsichtlich der Presse hat. Er nennt es schonend eine „Abgrenzung der verfassungsmäßig verbürgten Freiheit der Presse gegenüber dem Schutz der Regierung vor Mißbräuchen dieser Freiheit". Was er damit meint, läßt sich leicht denken: Nämlich eine Einschränkung der Pressefreiheit in dem Sinne, daß es der Regierung möglich wird, ihr mißliebige Zeitungen mit einem Maulkorb zu versehen. Für die deutsche Presse ist eine solche Aussicht nicht gerade ermutigend. Aber zunächst muß ja ein derartiges Gesetz den Sejm passieren, und da wird es sich zeigen, daß die oppositionellen Parteien absolut kein Interesse daran haben, der Regierung ein solch gefährliches Instrument in die Hand zu geben. Wichtiger war es, daß der Minister einige umlaufende Gerüchte für ernst genug hielt, um sich eingehend mit ihnen zu beschäftigen. Es handelt sich dabei um folgendes: Schon seit geraumer Zeit herrscht auf seiten der Linken der Verdacht, daß die Rechtsgruppen einen Staatsstreich beabsichtigten, falls die gegenwärtige Regierung bei einer Abstimmung in eine Minderheit versetzt werde. Man will wissen, daß die Regierung dann keineswegs zurücktreten werde, sondern daß sie mit Hilfe eines starken Polizei- oder Militäraufgebotes ruhig die Geschäfte weiterführen werde, und daß sie gleichzeitig den Sejm auflösen werde. Also kurz gesagt, daß dann eine Parteiregierung dem Lande aufgezwungen werde, die dann zur Diktatur hinführe. Man will in der Haltung der nationaldemokratischen Presse, ihrer weitgetriebenen Verehrung für Mussolinisches Gebaren und der Verächtlichmachung des Parlamentarismus, die man häufig genug antraf, die Anzeichen für diese Absichten gefunden haben. Es läßt sich natürlich nicht sagen, in wie weit diese Gerüchte begründet sind. Tatsache aber ist es, daß die Regierung in der letzten Zeit Militär und Polizei in Warschau zusammengezogen hat, so daß das Gerede von einem möglicherweise bevorstehenden Staatsstreich festere Formen annahm. Auch wurde behauptet, daß Piłsudski über solche Absichten der Rechtsgruppen auf dem Laufenden gehalten werde und daß er auch seinerseits Vorbereitungen zu einem Gegenstreich treffe. So weit unsere Informationen reichen, sind diese Piłsudski zugeschriebenen Absichten unrichtig, so daß, vorläufig wenigstens, nur ein etwaiger Putsch von rechts her in Frage käme. Der Minister hat nun energisch dargelegt, daß ein Putsch von Rechts oder eine Diktatur unter keiner Bedingung in Frage käme. Dann aber hat man ihn in ein Kreuzverhör wegen der Polizei- und Truppenansammlungen in Warschau genommen. Dies hat der Minister glatt zugegeben. Er hat sich aber damit herausgeholfen, daß er sagte, es handle sich dabei nur um Vorsorgemaßregeln. Die Aufgabe der Polizei sei es, bereit zu sein, und diese Bereitschaft gelte keineswegs den umlaufenden Gerüchten, sondern die Polizei müsse sich vorsehen, anläßlich allerhand Unruhen, die bei Streiks und ähnlichem entstehen könnten. Diese Auskunft erregte bei manchen Politikern, mit denen wir später darüber sprachen, „ein allgemeines Schütteln des Kopfes", wie es in der Jobsiade heißt. Jedenfalls war sie nicht gerade geeignet, die Befürchtungen gänzlich aus der Welt zu schaffen, die vielerorts über die Möglichkeit eines Staatsstreiches verbreitet sind.

*

Beunruhigung in Bankkreisen.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.")

Glaubhafte Gerüchte reden davon, daß das Finanzministerium demnächst wieder neue Maßregeln treffen werde, um dem Sturz der Mark Einhalt zutun. Welcher Art diese Maßregeln sind, ist zur Zeit noch nicht bekannt gegeben. Es scheint, daß die Regierung den Banken Spekulation in Devisen vorwirft, was zum Teil auch zutreffend sein mag. Die Abwehrmittel sollen aber recht gefährlicher und einschneidender Natur sein. Es soll sich darum handeln, den Banken überhaupt die Zuteilung von fremden Devisen durch die Landesdarlehnskasse zu sperren. Im Augenblicke ist es nicht möglich, dieses Gerücht, das große Bestürzung hervorruft, nachzuprüfen. Sollte es sich bewahrheiten, so ist es schwer verständlich, wie alsdann der Bankverkehr der Industrie geregelt werden soll, und wie es der Regierung möglich sein wird, die Industrie, die Devisen für die Ankäufe ihrer Rohstoffe im Auslande bedarf, wie zum Beispiel die schwer geprüfte Textilindustrie, die schon ohnedies durch den Mangel an Devisen furchtbar getroffen wird, sich in Zukunft diese Devisen beschaffen soll. Angeblich aber habe die Regierung das Bestreben, aus Anlaß der Anwesenheit des englischen Gutachters Hilton Young eine besondere Aktivität an den Tag zu legen.

Jagd auf fremde Devisen in Warschau.

Am Dienstag fanden in Warschau in vielen Gastwirtschaften und Kaffeehäusern, wo Valutaspekulanten verkehren, Haussuchungen statt, die zur Beschlagnahme vieler fremder Valuten und einer großen Anzahl von Aktien führten. In manchen Kaffeehäusern sollen die Spekulanten das Glas Tee mit Fünfdollarnoten bezahlt haben, nur um diese loszuwerden. Nach den Durchsuchungen der Gastwirtschaften und Kaffeehäuser bewegte sich durch die Stadt ein Aufsehen erregender Zug von zum Teil sehr elegant gekleideten verhafteten Spekulanten, die unter polizeilicher Bedeckung abgeführt wurden.

Beschränkung der Kredite.

Wie der „Przegląd Wieczorny" meldet, soll in der nächsten Zeit die Erteilung staatlicher Kredite an Bankinstitute stark eingeschränkt werden. Man erwartet, daß infolgedessen die Banken Devisen auf den Geldmarkt werfen werden, was ein weiteres Sinken der Mark hervorrufen dürfte. Die Maßnahme soll angeblich im Einverständnis mit Hilton Young beschlossen worden sein.

Der Wiederbeginn der Sitzungen des Sejm.

(Warschauer Sonderbericht des „Pos. Tagebl.".)

Die Befürchtungen hinsichtlich des Staatsstreiches kamen auch deutlich in der ungewöhnlich scharfen und bissigen Interpellation zum Ausdruck, die die Linke, d. h. die Sozialisten, die Wyzwolenie und die Dąbski-Gruppe eingereicht haben. Sie hält der Regierung den schlimmen Sturz des Wertes der Mark vor, sie spricht von der Teuerung als Ergebnis der Tätigkeit dieses Kabinettes. Die Regierung habe keinen festen Plan zur Bekämpfung dieser ungeheuerlichen Mißstände, sie stehe unter dem Einfluß der Forderungen der Kapitalisten und Schieber. Außenpolitisch wird an die Blamage in Genf erinnert, wo Polen bei der Wahl zum Völkerbundsrat durchfiel. Das ganze Außenministerium sei parteipolitisch umgestaltet worden. Die Regierung sehe ruhig zu, wie sich unter ihren Augen der Faszismus entwickle und Propaganda gegen die Republik, gegen den Sejm, die Verfassung und das Recht gemacht werde. Dann nimmt sich die Interpellation den Finanzminister vor und seine Anleihepolitik, die von der Presse stets mit merkwürdigem Optimismus behandelt werde, während sich alles im geheimen abspiele. Im Heere seien die besten Offiziere aus Parteigründen entlassen und somit die Verteidigungsfähigkeit des Landes erschwert worden. Von einem richtigen Kampf gegen die Schieber sei nicht die Rede. Einer solchen Regierung könne man nicht vertrauen und das Kabinett dürfe nicht fordern, daß der Sejm so lange stillschweigend warte, bis die Katastrophe endgültig da sei.

Zu Beginn der Sitzung liegen wieder eine Reihe von Interpellationen vor, darunter drei von seiten der deutschen Fraktion durch Herrn Graebe. Die erste betrifft die Haussuchungen und Beschlagnahmungen, die in den Geschäftsräumen und Wohnungen von deutschen Abgeordneten vorgenommen worden sind, als der „große Schlag" gegen den Deutschtumsbund geführt wurde. Die zweite Interpellation betrifft die ungleichmäßige Anwendung des Amnestiegesetzes gegenüber Redakteuren der deutschen Presse in Polen. Es handelt sich hier um den Redakteur Contag der „Deutschen Rundschau" in Bromberg, der, obgleich alle Bedingungen des Amnestiegesetzes vorhanden sind, nicht aus der Haft entlassen wurde. Und schließlich behandelt die dritte Interpellation die falschen Informationen, die bei einzelnen Ausweisungsfällen von den Unterbehörden den Ministerien gegeben wurden, und das Eingreifen der Unterbehörden, während noch das Gerichtsverfahren zur Feststellung der angezweifelten polnischen Nationalität der betreffenden Personen schwebte.

Die Rede des Ministerpräsidenten Witos überraschte durch ihre Farblosigkeit. In der Tat begnügte sich der Ministerpräsident damit, die Argumentation zu wiederholen, die man bereits zur Genüge aus den Argumentationen der Presse der Rechten kennt. So schob er die Hauptschuld an der jetzigen Teuerung und dem Tiefstand der Mark den früheren Regierungen zu. Die Ausfuhr von Getreide und Zucker sei erfolgt, um fremde Devisen zu erhalten, die der Staat dringend benötigte. Lebhafte Zwischenrufe antworteten auf diese Feststellungen des Ministers. Zahlenmäßig suchte der Minister den Vorwurf zu entkräften, daß bei den Entlassungen von Beamten der Grundsatz vorgeherrscht habe, sich der politisch mißliebigen Kräfte zu entledigen. Den Mißerfolg bei der Kandidatur zum Völkerbundsrat schob der Ministerpräsident, wie dies ebenfalls die Presse der Rechten bereits getan hatte, dem Umstand zu, daß die Vertreter der Minderheiten Polen in den Augen der Welt herabgesetzt hätten, was gänzlich ungerechtfertigt sei, denn die Minderheiten fänden in Polen ihr Recht. Dieser Satz rief auf den Bänken der Linken und der Minderheiten lautes Gelächter hervor. Er wird nicht dazu beitragen, in seiner kategorischen Form das Vertrauen der Welt zu stärken, da doch eine solche Menge von unumstößlichem Material der Öffentlichkeit und den in Genf versammelten Vertretern der Völker vorgelegt worden ist, daß eine einfache Ableugnung aller Tatsachen das Mißtrauen nicht zerstört, sondern nur bestärkt. Auch gegen den Spruch des Völkerbundes in der Angelegenheit der Deutschen nahm Witos, wie schon vor ihm der Außenminister Seyda, Stellung. Er sagte, der Spruch könne nicht endgültig sein, und die Regierung habe schon Schritte getan, um eine Regression herbeizuführen. Übrigens sprach Witos gegen Ende seiner Rede so leise, daß er nicht verständlich war. Einen recht interessanten Teil der Rede bildete die Statistik des Wiederaufbauwerkes, in welchem Polen tatsächlich in den letzten Jahren viel geleistet hat. Übrigens stellte Witos offener, als dies bisher ein Minister zu tun gewagt hatte, fest, daß die katastrophale Wirtschaftslage in Deutschland einen schweren Einfluß auf Polen ausübe.

Ein Appell an die Sejmabgeordneten.

Die „Gazeta Warszawska" wendet sich in einem Leitaufsatz, der der beginnenden Sejmsession gewidmet ist, an die Abgeordneten und weist auf die Notwendigkeit hin, daß die wichtigsten Regierungsentwürfe — zu denen unter anderem die Vollmachten des Finanzministers und die Valorisierung der Steuern gehören — so schnell und sachlich erledigt werden, als nur irgend möglich. Die schwere Finanzlage erfordert vom Parlament äußerste Raschheit und Bündigkeit. Lange Diskussionen und Erwägungen würden einer bewußten Erschwerung der Sanierung der Finanzen gleichkommen.

Zwei Interpellationen der deutschen Sejmabgeordneten.

Die Interpellation der Abgeordneten Graebe und Genossen an den Herrn Ministerpräsidenten, den Herrn Justiz- und Innenminister wegen Haussuchungen und Beschlagnahme von Schriftstücken in Arbeits- und Geschäftsräumen deutscher Abgeordneter lautet:

„Am 6. August erschienen in Bydgoszcz im Hause ul. 20. Stycznia 20. r. Nr. 37, wo sich die Geschäftsräume der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat befinden, der Oberkommissar Laboga aus Posen mit einem Stabe von Polizeibeamten in Uniform und Zivil, um im Auftrage des Stadtpräsidenten von Bydgoszcz, Dr. Śliwiński, eine Haussuchung vorzunehmen. Obwohl der Geschäftsführer der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat den Stadtpräsidenten telephonisch darauf aufmerksam machte, daß sich in den Räumen der ersten Etage auch die Arbeitsräume und Geschäftszimmer der deutschen Abgeordneten befänden, hielt der Stadtpräsident seine Anordnung auf Durchsuchung dieser Räume aufrecht. Der Geschäftsführer machte den Oberkommissar Laboga ausdrücklich darauf aufmerksam, daß das Zimmer Nr. 8 das persönliche Arbeitszimmer des Abgeordneten Graebe sei. Trotzdem nahm der Oberkommissar in diesem Raume eine Durchsuchung vor und beschlagnahmte ein dem Abgeordneten Graebe gehöriges Aktenstück. Trotz des Einspruchs des später anwesenden Abgeordneten Klinke wurde das Zimmer Nr. 14, in dem sich neben der Kasse der Landesvereinigung des Deutschtumsbundes auch die Kasse der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat befindet, versiegelt. Von der Durchsuchung des Zimmers Nr. 16, in dem der Abgeordnete Klinke arbeitete, nahm der Kommissar erst auf den energischen Hinweis des Abgeordneten Klinke auf die für ihn persönlich sehr unangenehmen Folgen der Störung der Tätigkeit eines Abgeordneten Abstand. Bei der am 14. August erfolgten Durchsuchung des Kassenzimmers Nr. 14 beschlagnahmte der Bücherrevisor Węglikowski unter dem Beistand des Polizeibeamten Kaczmarek, welche beide wiederum auf Anordnung des Stadtpräsidenten Dr. Śliwiński kamen, mehrere Aktenstücke der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat, obwohl sie von dem anwesenden Geschäftsführer ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht wurden, daß diese Papiere Eigentum der deutschen Abgeordneten seien. In gleicher Weise verhielten sich Polizeiorgane in Starogard. Hier befindet sich in der Skarszewskistr. Nr. 2 ein Bureau der Deutschen Vereinigung im Sejm und Senat, welches unter der Leitung des Senators Hasbach steht. Am 7. September erschienen die Polizeibeamten Walentyn Iwański und Leopold Jablonowski mit dem Wagenfabrikbesitzer Stephan Przeworski als Zivilzeugen bei dem Geschäftsführer des Stargarder Bureaus, Herrn Arendt, und forderten ihn auf, einer Durchsuchung des Bureaus in der Skarszewskistr. Nr. 2 beizuwohnen. Arendt erklärte ausdrücklich, daß er die Durchsuchung der Geschäftsräume der deutschen Abgeordneten verweigern müsse. Trotzdem verlangten die Beamten Einlaß und durchsuchten die Räume von 12 bis nachmittags 4 Uhr. Sie beschlagnahmten eine Reihe von Aktenstücken, die sie versiegelten. Ein Protokoll mit den Originalunterschriften liegt bei. — Das geschilderte Verfahren der Polizeiorgane in Bydgoszcz und Starogard, sowie die Anordnungen des Stadtpräsidenten Dr. Śliwiński widersprechen in eklatanter Weise dem Artikel 21 der Verfassung. Maßnahmen der Behörden gegen Abgeordnete sind nur mit Einwilligung des Sejm zulässig, es sei denn, daß der Abgeordnete bei Verübung eines gemeinen Verbrechens auf frischer Tat ergriffen wird. — Wir richten daher an die Regierung die Frage, insbesondere an den Herrn Innen- und Justizminister: 1. Was gedenkt die Regierung zu tun, um derartige Eingriffe der Verwaltungsbehörden in die Rechte der Abgeordneten für die Zukunft zu verhindern? 2. Ist die Regierung bereit, die schuldigen Beamten wegen ihrer Übergriffe zur Verantwortung zu ziehen? Warschau, den 9. Oktober 1923. — Die Interpellanten."

Die Interpellation der Abgg. Graebe und Gen. an den Herrn Justizminister wegen ungleichmäßiger Anwendung des Amnestiegesetzes gegenüber Redakteuren deutscher Nationalität lautet:

„Am 28. März d. Js. wurden der ehemalige Hauptschriftleiter der „Deutschen Rundschau", Richard Contag, sowie der Schriftleiter derselben Zeitung, Johannes Kruse, von der Strafkammer in Bromberg wegen Preßvergehens, der erste in einem Falle aus § 131 und in fünf Fällen aus § 186 des Strafgesetzbuches, der andere aus § 131 in einem Falle, zu 1½ Jahren bzw. zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Contag wurde, obgleich er polnischer Staatsbürger ist, seinen ständigen Wohnort in Bromberg hat, angeblich wegen Fluchtverdachts sofort in Haft genommen. Die durch den Anwalt eingelegten Beschwerden gegen die Inhaftierung wurden abgewiesen; der Fluchtverdacht wurde damit begründet, daß C. sich zur Vernehmung nicht stellte, wodurch angeblich die Durchführung des Verfahrens unmöglich gewesen sei. Tatsächlich wurde festgestellt, daß C. nur einmal infolge Krankheit der Vorladung nicht Folge leisten konnte und sich nachträglich über das Nichterscheinen entschuldigt hatte. Dieser Tatbestand ging aus den Gerichtsakten hervor. Gegen das Urteil wurde die Revision angemeldet, und die Revisionsinstanz in Posen kam in der Sitzung vom 22. 6. 23 zu einem Freispruch Contags aus § 186 und aus § 131 in einem Falle. Die übrigen Fälle wurden aus formellen und materiellen Gründen an die Strafkammer in Bromberg zur nochmaligen Verhandlung zurückverwiesen. Die „Deutsche Rundschau" in Polen", für die damals Contag verantwortlich zeichnete (die angeblichen Vergehen datieren vom Jahre 1921), ist eine politische Tageszeitung, die im versöhnlichen Geiste den Ausgleich der Gegensätze zwischen den Nationalitäten sich zum Ziele gesetzt hat. Auch diese Artikel, in denen das Gericht ein Vergehen erblickte, bezweckten lediglich die Wahrnehmung völkischer Interessen. Dies geht aus dem Inhalt der Artikel deutlich hervor. Nach den Bestimmungen des Amnestiegesetzes sollen Strafen wegen Vergehen, die aus politischen bzw. völkischen Motiven begangen wurden, erlassen werden. Diese Motive sind im Falle Contag gegeben. Trotzdem wurde der Antrag des Anwalts auf Haftentlassung Contags unter Hinweis auf den entsprechenden Paragraphen des Amnestiegesetzes vom

Bezirksgericht in Bromberg mit der Begründung abgelehnt, daß aus den Erklärungen des Angeklagten Contag und auch aus den Akten nicht hervorgeht, daß die ihm zur Last gelegten Vergehen aus Motiven begangen werden, die dem Amnestiegesetz zugrunde liegen. — Wir betonen, daß, obgleich die Revisionsinstanz bereits am 22. Juni d. Js. ihr Urteil gesprochen hat, bis jetzt noch kein Termin zu der angeordneten nochmaligen Verhandlung angesetzt worden ist, so daß Contag sich auch jetzt noch in Untersuchungshaft befindet. Wir fragen den Herrn Justizminister: 1. Ist dem Herrn Justizminister die willkürliche Anwendung des Amnestiegesetzes, welche bei den Gerichten in Bydgoszcz üblich ist, bekannt und was gedenkt er zu tun, um eine gerechte Durchführung des Gesetzes sicherzustellen? 2. Ist der Herr Justizminister bereit, die sofortige Haftentlassung des widerrechtlich festgehaltenen Redakteurs Contag anzuordnen? Warschau, den 9. Oktober 1923. Die Interpellanten."

Die wackelnden Ministersessel.

Im Zusammenhange mit der katastrophalen Situation der Valuta, die als Ergebnis der Mißerfolge der polnischen Diplomatie auf dem Gebiete der internationalen Politik angesehen wird, erhalten sich hartnäckig die Gerüchte über den Rücktritt des bisherigen Finanzministers Kucharski. Zwar hat in einer Parteikonferenz des parlamentarischen Klubs des Nationalen Volksverbandes Kucharski noch ein Vertrauensvotum erhalten, was ihm, wie die „Republika" annimmt, noch gestattet, seine Demission hinauszuschieben; diese sei aber schließlich doch notwendig geworden, und seine Parteigänger beschäftigten sich schon mit der Person seines Nachfolgers. Im Anschluß daran meldet die „Republika", daß sein Nachfolger der Abgeordnete Korfanty werden soll.

Auch daß der Außenminister Seyda demnächst zurücktritt, wird immer wieder mit großer Bestimmtheit versichert. Roman Dmowski, dem das Außenministerium wiederholt angeboten worden sein soll, hat, wie berichtet wird, abgelehnt.

Die Führer der Fraktionen beim Sejmmarschall.

Beim Sejmmarschall fand am Montag ein Essen statt, zu dem die Führer der Sejmfraktionen eingeladen worden waren. Während des Essens wurde eine Reihe politischer Reden gehalten.

Maßnahmen der Regierung gegen den Beamtenstreik

Der Warschauer Korrespondent der „Republika" meldet seinem Blatte: Die Beamten, die als Delegierte beim Ministerpräsidenten Witos waren, um diesem die Forderungen der Organisationen der Staatsbeamten zu unterbreiten, sollen aus dem Staatsdienst entlassen werden.

Streik der Eisenbahnmaschinisten.

Am 6. d. Mts. brach im Bezirk der Eisenbahndirektion Lemberg ein Streik der Eisenbahnmaschinisten aus als Protest gegen die Nichtberücksichtigung der Forderungen der Beamten. Der Verband der Maschinisten in Warschau forderte telegraphisch die Unterbrechung des Streiks. Dieser Forderung wurde denn auch stattgegeben. — An demselben Tage streikten auch die Eisenbahnmaschinisten in Krakau. Der Streik wurde nach etlichen Stunden auf Verlangen des Zentralverbandes der Eisenbahnmaschinisten beendet.

Entwurf eines Gesetzes über Marinekammern.

Die Regierung hat dem Sejm den Entwurf eines Gesetzes über Marinekammern zugehen lassen, nach dem beim Kriegsgericht in Wejherowo und bei der Handelsmarinebehörde in Danzig Marinekammern gegründet werden sollen, deren Aufgabe die Untersuchung von Schiffsunglücksfällen auf der See sein wird.

Streik in Oberschlesien.

Aus Kattowitz wird gemeldet: Am Dienstag vormittag begann in allen Gruben und Hütten der Wojewodschaft ein vorläufig vierundzwanzigstündiger Ausstand. Die Behörden erließen eine Verordnung, durch die für zwei Tage der Verkauf von Alkohol verboten wurde. Ruhestörungen fanden bis jetzt nicht statt.

Die Ursache des Streiks,

dessen Beginn durch oftmaliges Sirenengeheul verkündet wurde, ist folgende:

Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften forderte in Verhandlungen ab 1. Oktober eine 50prozentige Lohnerhöhung und eine Steigerung der sozialen Zulagen um 200 Prozent. Diese Verhandlungen führten zu keiner Einigung, sie wurden abgebrochen. Nachdem die Regierung in Warschau von diesem Abbruch der Verhandlungen Mitteilung erhalten hatte, entsandte sie sofort Vermittler, die am 2. Oktober die Verhandlungen mit den Arbeitgebern fortsetzten. Diese hatten das Ergebnis, daß den Arbeitern eine Lohnzulage von 26 Prozent bewilligt wurde. Mit dieser Regelung war die Arbeiterschaft nicht zufrieden, zumal sich die Teuerung von Tag zu Tag empfindlich steigerte. Sie nahm schon damals in Belegschaftsversammlungen und Betriebsrätetagungen zum Streik Stellung. Die Arbeitsgemeinschaft wandte sich darum am vergangenen Donnerstag an den Demobilmachungskommissar mit dem Ersuchen, sofort Verhandlungen mit den Arbeitgebern anzubahnen, da die Arbeiterschaft nicht mehr zu halten sei. Sie glaubte sich zunächst an die Entscheidung der Regierungsstellen halten zu müssen, die die Lohnerhöhung bis zum 15. Oktober festgesetzt hatte. Mit Recht war anzunehmen, daß bis dahin eine Änderung eintreten werde. Als aber bis Sonnabend vergangener Woche nichts geschehen war, setzten die Teilstreiks ein, die am Montag größeren Umfang angenommen hatten. Eine Anfrage beim Arbeitgeberverband, wie er sich zu weiteren Lohnverhandlungen stelle, ergab Bereitwilligkeit zu Verhandlungen, die für den heutigen Dienstag, 10½ Uhr, festgesetzt wurden. Die Arbeitsgemeinschaft der Gewerkschaften beschäftigte sich am Montag nachmittag in langen Beratungen mit der Lage. Während sie noch verhandelten, erschienen Abordnungen verschiedener Gruben sowie Werke und erklärten, daß am Dienstag sämtliche Gruben in einen 24stündigen Proteststreik eintreten werden. Dieser setzte auch gegen 8 Uhr fast vollständig ein.

Das Banditenunwesen in Oberschlesien.

Der „Kattowitzer Ztg." wird aus Lublinitz geschrieben: Es ist kaum glaublich, daß das Banditenunwesen in unserem Kreise einen derartigen Umfang annehmen konnte, wie es augenblicklich ist. Obgleich die Polizei, namentlich das Kommando in Ludwigsthal, mit äußerster Schärfe hinter den Verbrechern her ist, obgleich bis jetzt mehrere der Banditen hinter Schloß und Riegel sitzen, so vergeht doch kein Tag, an dem nicht ein oder mehrere Überfälle zu verzeichnen sind. Insbesondere ist es die Lubschauer Ecke des Kreises, allwo das für Überfälle besonders geeignete Waldterrain zu einem wahren Eldorado für die Banditen geworden ist. So wurden am Sonnabend zwei Frauen auf der Straße von Stahlhammer überfallen und um 200 000 Mk. beraubt. In dem Dörfchen Bagno wurde einem dort wohnenden Landwirt fast die ganze Wohnung ausgeräumt. Sogar die Betten nahm man mit. Einige Tage vorher wurde in der Gegend von Stahlhammer-Koschentin ein Eisenbahner überfallen und seines Fahrrades und eines größeren Geldbetrages beraubt. Dem Kommando in Ludwigsthal gebührt volle Anerkennung für seine aufopferungsvolle Arbeit, für deren rasche Bewältigung wir ihm Glück wünschen.

Aus der polnischen Presse.

Das noch immer zu deutsche Konitz.

Der „Pomorzanin" äußert sein schmerzliches Bedauern darüber, daß das Leben in Konitz noch immer einen sehr deutschen Charakter hätte. Wie er berichtet, wird dort in den Läden nur deutsch gesprochen, ebenso auf den Straßen und in einigen Ämtern und Behörden.

Ueber den Vermögensstand Polens

schreibt der „Kurjer Poznański" in einem Leitaufsatz unter der Überschrift „Ziffern" (Nr. 231, Mittwoch, den 10. Oktober 1923):

„Wir besitzen bis jetzt keinerlei statistische Angaben, die ein Bild unseres staatlichen und nationalen Vermögensstandes ergäben. Aus dem aber, was bekannt ist, geht hervor, daß Polen eines der reichsten europäischen Länder ist. Zum Staatsbesitz Polens gehören ausgedehnte Waldkomplexe, Kohlengruben, Bergwerke, Hütten, Petroleumgebiete, Salinen, Gasleitungen, Industrieanstalten, — alles das ist bis jetzt noch nicht inventarisiert und nicht abgeschätzt, der Wert aller dieser Dinge aber beträgt mehr als der ganze Staatsbesitz Estlands, Lettlands und Litauens zusammen. Ferner gehören zum Staatsbesitz Polens Eisenbahnlinien mit einer Gesamtlänge von ungefähr 20 000 Kilometern, Post- und Telegraphenlinien, staatliche Gebäude, Landbesitz, Gewässer und staatliche Heilbäder und dergl. mehr, und alle diese Dinge machen unseren Staat zu einem der reichsten.

Unsere Auslandsschulden gehören zu den geringsten. Am 1. Januar d. Js. betrug die Gesamtheit dieser Schulden 1 519 542 974 Schweizer Franken, was auf den Kopf der Bevölkerung etwa 55 Schweizer Franken ausmacht. Zum Vergleich mag darauf hingewiesen werden, daß in Frankreich in derselben Zeit die Verschuldung des Staates 3353 Schweizer Franken auf den Kopf der Bevölkerung ausmachte.

Die Wirtschaftslage Polens wird durch folgende Zahlen nach dem Haushaltsvoranschlag, der am Anfang des Jahres dem Sejm vorgelegt wurde, gekennzeichnet:

In der Landwirtschaft: Der Pferdebestand betrug 92,44 Prozent des Vorkriegsstandes, Vieh 91,46 Prozent des Vorkriegsstandes, Schafe 59,71 Prozent, Schweine 90,89 Prozent. An brachliegenden Feldern hatten wir im Anfang des Jahres 1919 — 3 500 000 Hektar, im Frühjahr 1920 — 2 335 975, im Jahre 1921 — 1 213 000, im Jahre 1922 nur 538 000 Hektar. Von den 1 643 984 durch den Krieg zerstörten Gebäuden wurden in den Jahren 1920 und 1921 674 037 wieder aufgebaut, im Jahre 1922 noch 106 009; zum Wiederaufbau blieben 863 938, darunter 601 524 ländliche. Auf den Hektar Landbesitz entfielen vor dem Kriege 12,2 Zentner Weizen, im Jahre 1923 11,0 Zentner; Roggen vor dem Kriege 11,2, jetzt 11,3; Gerste vor dem Kriege 11,9, jetzt 11,3; Hafer vor dem Kriege 10,3, jetzt 11,3; Kartoffeln vor dem Kriege 92,5, jetzt 156. Daraus ist zu sehen, daß die landwirtschaftliche Erzeugung die Vorkriegshöhe fast erreicht und in einigen Punkten sogar überschritten hat.

In der Industrie: Die Eisenproduktion machte im Jahre 1913 311 218 Tonnen aus, und beschäftigte 3237 Arbeiter, im Jahre 1923 317 300 Tonnen und 5100 Arbeiter; Stahlproduktion: früher 1 483 324 Tonnen und 19 875 Arbeiter; im Jahre 1923 — 399 400 Tonnen und 17 870 Arbeiter; die Kohlenförderung in Kongreßpolen und Galizien hat die Vorkriegsproduktion überschritten; die Erzeugung von weißem Zucker ist von 1 640 000 Meterzentner auf 2 650 000 gestiegen; die Baumwollindustrie hat sich sichtlich entwickelt: Die Zahl der in dieser Industrie beschäftigten Arbeiter betrug 109 Prozent des Vorkriegsstandes. Die Zahl der Spindeln 128 Prozent, die Zahl der Webstühle 105 Prozent. Nur die Wollindustrie erreichte im Anfang des Jahres 1923 nur 80 Prozent der Spindeln, 46 Prozent der Webstühle und 64 Prozent der Arbeiter.

Diese Zahlen haben sich im Laufe dieses Jahres zweifellos noch erhöht, was aus dem Staatshaushaltsvoranschlag für das nächste Jahr hervorgehen wird. Schon zu Beginn dieses Jahres wies unsere Handelsbilanz eine wesentliche Besserung auf. Im ersten Vierteljahr des Jahres 1923 wurde diese Bilanz aktiv und blieb es bis heute."

Der Aufsatz behandelt weiter die Krankheit, die das Wirtschaftsleben des Staates hauptsächlich schädigt, die Inflation: „Gegenwärtig sind im Umlauf Banknoten im Gesamtwert von 11 197 737 897 342 poln. Mark, die Verschuldung des Staatsschatzes bei der P. K. K. P. betrug in derselben Zeit 10 265 500 000 000 poln. Mark. In Wechseln besaß die P. K. K. P. am 30. September 2 077 128 636 948, in verschiedenen Anleihen 670 019 577 831 poln. Mark. Die dauernd fortschreitende Inflation mußte nicht nur ein Sinken der polnischen Mark, sondern auch eine Verminderung des Wertes der verschiedenen Umlaufzeichen selbst zur Folge haben. Gegenwärtig kann man annehmen, daß in der laufenden Dekade der Wert der verschiedenen vom Staate ausgegebenen Umlaufzeichen ungefähr 20 Millionen Dollar beträgt."

Nach dem optimistischen Anfang der Schilderung der Lage Polens sagt der „Kurjer" gegenüber diesen Feststellungen: „Das ist ein durch und durch unnormaler Zustand. Eine derartige Verschuldung könnte der Unterzeichnung eines Todesurteils gleichkommen . . . Darum ist die dringendste Aufgabe der Regierung die Sanierung der Finanzen. Die Bevölkerung muß hier mit Geduld und Opfermut mitarbeiten. Die Besserung der Lage muß schnell und gründlich vor sich gehen."

Der „Kurjer" begrüßt die Ankunft Hilton Youngs als eines sachkundigen Beraters, der imstande sein wird, sich an Ort und Stelle mit eigenen Augen von den Finanzverhältnissen in Polen zu überzeugen, von seinen natürlichen Reichtümern und von den hier vorhandenen Aussichten für fremdes Kapital. „Die Ratschläge, die Herr Young uns geben kann, können ohne Zweifel sich als sehr wertvoll erweisen. In dem höchst einfachen Programm, an dessen Ausführung unsere Regierung jetzt herangetreten ist, sind besonders wichtig die Punkte, die die Auslandsanleihen betreffen. Auch unter diesem Gesichtswinkel gesehen, muß die Ankunft des Herrn Young zu sehr günstigen Ergebnissen führen."

Stinnes bei Degoutte.

Die offiziöse Darstellung der Lage zwischen Deutschland und Frankreich, die amerikanischen Journalisten am Quai d'Orsay gegeben wurde, ist nach glaubwürdigen Mitteilungen die folgende: „**Weder General Degoutte noch Stinnes** waren **von ihren Regierungen** dazu **bevollmächtigt**, über die Aufnahme der Arbeit zu verhandeln oder bindende Abmachungen zu treffen. Alles, was in Düsseldorf besprochen worden ist, hat also zunächst nur eine **inoffizielle und vorbereitende Bedeutung**. Immerhin scheinen sich in der Unterredung **einige Möglichkeiten** ergeben zu haben, die Reparationslieferungen schneller in Gang zu bringen, als bisher zu erwarten war. Wenn es dem Einfluß Stinnes' und der anderen Vertreter der Großindustrie gelingt, die Arbeiter des Ruhrgebiets zur Arbeit für die Reparationen zu bringen, und die Kohlenabgabe von den Industriellen geleistet wird, läßt sich für die Reorganisation des Ruhrgebietes vielleicht auf dieser Grundlage weiter bauen."

Es wird von deutschen Regierungskreisen mitgeteilt, daß Stinnes, Klöckner und andere Großindustrielle als Delegierte des Bergbaulichen Vereins für Rheinland und Westfalen mit General Degoutte verhandelt haben. Vorher versuchten

---

Silvester Bruhns Tochter.

Ein hanseatischer Kaufmannsroman von Günter v. Hohenfels.

(15. Fortsetzung.)

Sein Blick fiel auf den Kamin und glitt suchend daran hinunter. Etwa in halber Höhe war eine Kachel, aus der in der Mitte ein Stück herausgesprengt war. Schon längst hatte die Zeit den Schaden gebräunt. Ein jeder mußte glauben, daß vielleicht ein schwerer Gegenstand, etwa eine Eisenstange, hineingestoßen sei. Swendholm wußte es jetzt besser. Er bückte sich und untersuchte die Stelle genau. Ein Schauer rieselte ihm über den Rücken. So mußte es sein, wenn eine Kugel an der Kachel anprallte! Draußen erhob sich auf der Straße ein pfeifendes Tönen, gleich darauf ein dröhnender Schlag, der die Fenster klirren ließ. Es wurde ganz dunkel in dem Raum. Unwillkürlich war es dem Alten, als packte das Grauen nach ihm. Er tastete nach dem Schalter des elektrischen Lichtes, ohne ihn gleich zu finden, vorsichtig schlürfend, mit anhaltendem Atem, als seien Mörder im Zimmer. Er stand still, und jetzt war es ihm, als sähe er Silvester Bruhns hochaufgerichtet auf seinem Stuhl. Das Gesicht blau-rot, wie es immer war, wenn ihn der jähe Geist übermannte. Die rauchende Waffe in der Hand und hier, wo er stand, da mußte der Bruder gelegen haben, der tote Bruder! Jetzt fühlte Swendholm den Schalter, und das Licht blitzte auf. Der Sturm, der nun in der Straße heulte, hatte den schweren Fensterladen, den vielleicht einer der Arbeiter draußen aus dem Riegel gehängt hatte, zugeschlagen.

Swendholm atmete auf, dann ging er zum Fenster und schraubte den Laden von innen fest, wie es sonst Silvester getan, wenn der Markthelfer den Laden von außen herandrückte. Moderne Rolljalousien gab es noch nicht zu der Zeit, als dieser Eichenladen gefügt wurde. Swendholm strich sich über die Stirn. Die durchwachte Nacht, die Aufregungen des Tages — er war ein alter Mann und fühlte, daß er ruhen mußte. Er ließ sich nieder, um schnell wieder aufzuspringen. Er hatte sich in den Stuhl gesetzt, in dem seit Jahrhunderten nur ein Silvester Bruhns gesessen.

Unwillkürlich nahm er in dem zweiten Sessel Platz, in dem er zu sitzen pflegte, wenn sie beide, der Chef und er, beraten hatten. Und nun hörte er hinter sich die Tür gehen, die die aus dem großen Kontor hereinführte, dem Kontor, in dem jetzt niemand sein konnte. Lächerlich, er, Swendholm, wagte es nicht umzuschauen! Es war ihm, als seien Gespenster der Vergangenheit um ihn wach und auf ihm lastete ein Gefühl unendlicher Verantwortung. Aber es war kein Gespenst, sondern jetzt sprach eine menschliche Stimme.

„Gut, daß Sie noch da sind."

Johanna stand am Schreibtisch des Vaters. Sie hatte ein schwarzes Kleid an und war sehr bleich. Auch ihre Stimme schien verwandelt zu sein. Einen Augenblick zögerte sie, dann setzte sie sich in des Vaters Stuhl. Wie symbolisch schien dem Alten dies Tun. Johanna Bruhns hatte von der Firma Besitz ergriffen. Fast war es ihm eine Erlösung. Er war fünfzig Jahre der Angestellte des Hauses; das Gefühl, jetzt alles auf seinen Schultern zu tragen, hätte ihn erdrückt. Jetzt saß wieder ein Chef ihm gegenüber, und nun hatte auch er das Gefühl, daß Silvester Bruhns tot sei.

„Sind die Läden überall schon geschlossen?"

„Im Hauptkontor wohl noch nicht, ich habe den Markthelfer fortgeschickt."

„Ich bitte Sie, tun Sie es heute."

Er ging hinaus und drückte auch im großen Kontor die Eichenläden an die Fenster, dann sicherte er sie von innen mit den Schrauben.

„Nun schließen Sie bitte alle Türen. Ich habe auch die zur Wohnung verschlossen. Wir müssen sicher sein, daß uns niemand belauscht. Jetzt geben Sie mir das Päckchen, das wir im Geldschrank fanden."

„Es hat mir in der Tasche gebrannt."

Johanna löste die Siegel und das Papier. Darunter war ein Kästchen, und als sie es öffnete, sah sie eine goldene Uhr mit Kette. In Brillanten war auf dem Deckel das Monogramm D. B. eingefügt. Sie wurde einen Schein blasser und nahm einen kleinen Zettel, der unter der Uhr lag; darauf stand: Dieters Uhr, 24. August 1916.

„Das ist das Letzte."

Sie preßte beide Hände gegen die Stirn.

„Geben Sie das Kästchen."

Ihre Stimme war hart, sie nahm die Uhr, legte sie wieder hinein, hüllte das Papier darum, dann ging sie mit raschen Schritten durch das große Kontor, so rasch, daß Swendholm kaum ihr zu folgen vermochte, bis hinten in den Packraum. Dort war ein Handstein, wie droben in der Küche, und auch er führte in jenen Weserschacht.

„Was wollen Sie tun, Fräulein Bruhns?"

Sie stand einen Augenblick zögernd, dann hob sie das Sieb und warf das Kästchen hinein.

„Fräulein Johanna!"

Ein schroffer Zug lag um ihren Mund.

„Es ist ein Diebstahl an Silvio, aber es mußte sein. Jede Spur muß vernichtet werden, die ihnen den Beweis in die Finger gibt."

Sie gingen zurück. Oben kreischte die Wetterfahne auf dem Dach, und in den alten Kaminen pfiff und heulte der Sturm.

„Ein böser Sturm macht sich auf. Armer Vater!"

Sie machte eine abwehrende Bewegung mit dem Kopf. „Kommen Sie, Swendholm, wir haben keine Zeit. Wie steht das Geschäft?"

Swendholm sah sie ernst an.

„Auf Herrn Silvesters Augen."

„Was heißt das?"

„Wir haben sehr große Engagements. Herr Silvester hat nie so mit Millionen gearbeitet wie in diesen Monaten."

„Morgen wird ein Run auf die Kassen beginnen, denn morgen werden die Zeitungen über uns herfallen. Wo ist das Hauptbuch?"

„Hier ist es."

„Haben Sie eine klare Aufstellung des Geschäftsstandes?"

„Hier in diesem Buche."

(Fortsetzung folgt.)

die Herren den Reichskanzler zu sprechen, doch war dieser in den Tagen der Krise wegen Arbeitsüberlastung nicht in der Lage, die Herren zu empfangen. Jedoch haben die Großindustriellen sofort nach den Verhandlungen Stresemann Bericht erstattet.

Konflikt zwischen Großindustriellen und Arbeitern.

Vom 9. Oktober ab haben die rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer einseitig ohne vorherige Verständigung mit ihren Arbeitern eine **Verlängerung der Arbeitszeit**, entsprechend ihrer Dauer in der Vorkriegszeit, verfügt. Für den **unterirdischen** Betrieb werden 8½ **Stunden**, für **Arbeiter über Tage** 10 bis 12 Stunden angesetzt. Gegen dies Vorgehen des Zechenverbandes protestiert ein **Aufruf aller maßgebenden Bergarbeitergewerkschaften** des Ruhrgebiets mit Ausnahme der Kommunisten. Es wird in dem Aufruf erklärt, daß kein Arbeiter, kein Angestellter, keine Gewerkschaft und keine Regierung, die Ordnung in Staat und Wirtschaft halten wolle, ein solche diktatorisches Vorgehen dulden könne. Dieser brutale Rechtsbruch der Unternehmer müsse von der Arbeiterschaft mit überlegener Ruhe zurückgewiesen werden. Die Arbeiter sollen weiter arbeiten wie bisher, aber nur die tarifliche Zeit arbeiten und nach Ablauf dieser Zeit geschlossen die Betriebe verlassen.

Ferner wird von den Arbeitern gerügt, daß die Industriellen in Düsseldorf in stundenlanger Unterredung den **General Degoutte** zum Mitwisser ihrer Absichten gemacht und selbst ihre finanziellen Nöte mit ihm erörtert hätten. Es liege hier ein Treubruch vor, der einen Abgrund zwischen der Arbeitgeberschaft und den Arbeitnehmern aufreiße. Selbst in den Kreisen der ganz rechts stehenden Arbeiter soll Entrüstung und Niedergeschlagenheit über dies Vorgehen herrschen. Es zeige sich, daß die Unternehmer sich ausschließlich mit dem Problem ihrer **wirtschaftlichen Machtstellung** beschäftigen und darüber jede andere Rücksicht vergessen.

Die Verträge mit den Phoenixwerken schon geschlossen.

Wie die Pariser Presse meldet, sind am Sonntag bereits zwischen dem Vertreter der **Phoenixwerke** und dem französischen Vertreter detaillierte Verträge über Kohlenlieferungen und die Metallvorräte der Werke abgeschlossen worden.

Minoux scheidet von Stinnes.

Der bekannte Generaldirektor **Minoux** des Stinnes-Konzerns, dem kürzlich von Stresemann der Finanzministerposten angeboten wurde, **hört mit dem 9. Oktober auf, seine Funktionen zu erfüllen.** Nach der einen Version liegt die Ursache in Meinungsverschiedenheiten mit Stinnes auf politischem Gebiet. Besonders soll Minoux Gegner einer Verpachtung der Eisenbahnen an Privatunternehmungen sein. Nach einer anderen Ansicht will Minoux sich jetzt ganz **der Politik widmen** und gedenkt Stinnes auf diesem Felde in die Hände zu arbeiten.

Aenderung der Eidesformel für die deutschen Eisenbahner.

„Havas" meldet: „Infolge der interalliierten Konferenzen, die in Bonn stattgefunden haben, ist die **Formel für die individuellen Anstellungsverträge,** die die deutschen **Eisenbahnarbeiter** unterzeichnen müssen, um in den **Dienst der französisch-belgischen Regie** aufgenommen zu werden, **abgeändert** worden. Der ursprüngliche Entwurf enthielt eine Verpflichtung, nach der der Kandidat „auf Grund eines Eides versichert, er werde loyal, mit Eifer und Ergebenheit den zivilen und militärischen Behörden der Eisenbahnregie dienen." Diese Formel ist dahin **abgeändert worden,** daß sie, wie die halbamtliche französische Meldung behauptet, **eine rein berufliche Verpflichtung** enthält. Infolgedessen hat der Direktor der Regie in allen Bahnhöfen, die sich in der Verwaltung der Regie befinden, heute vormittag besondere Plakate anschlagen lassen, in denen ausgeführt wird, daß der von den Eisenbahnern verlangte Eid einen **rein beruflichen und keinen politischen Charakter** hat. (Unverständlich ist nur, wie die Regie überhaupt die Dreistigkeit haben konnte, den deutschen Eisenbahnern zuerst einen politischen Eid abzuverlangen, der die Souveränität des Deutschen Reiches über seine Untertanen beeinträchtigt hätte.)

Die Politik der Angst.

Die englischen Sonntagsblätter, deren Einfluß nicht ganz unbedeutend ist, sind der Ansicht, daß die **Rede Lord Curzons ein vollkommener Mißerfolg** war, und daß in ihr abermals die **gänzliche Hilflosigkeit der englischen Politik** zutage getreten ist. Im „Observer" schreibt Garvin: „Wir haben jetzt **aus dem Munde** Curzons gehört, daß die britische Politik eine **Politik der unverhüllten Angst** ist, die in ihrer Haltung alle Geister der Satire zum Tanzen bringen muß."

Die Londoner Regierungsblätter **gehen auf die Kritik,** die die Curzon-Rede in Frankreich gefunden hat, nur wenig ein. England befürchtete, **von der Ruhr-Regelung ausgeschlossen zu werden.** Daher sei die Forderung an die französische Regierung ergangen, daß Poincaré die gegenüber Baldwin gemachten Versprechungen halten und neue Vorschläge für ein gemeinsames Vorgehen der Alliierten machen solle. Die in Paris laut gewordene Auffassung, daß eine Änderung der französischen **Politik** nicht eintreten könne, solange die Verhältnisse an der Ruhr nicht genau wieder so seien wie vor der Besetzung, könne nach englischer Meinung nicht ernst genommen werden.

Von Deutschland werden alle weiteren Schritte erwartet.

Nach dem Pariser Korrespondenten der „Daily Mail" steht bereits fest, daß Poincaré es ablehnt, neue Vorschläge zu machen. Die weitere Entwicklung der Dinge müßte sich nach folgenden Gesichtspunkten vollziehen:

1. Deutschland tritt an die Reparationskommission heran, um über die gesamte Reparationsfrage einschließlich der deutschen Finanzreform zu verhandeln.

2. Deutschland soll die Neuorientierung an der Ruhr durch Frankreich und Belgien annehmen. Die dadurch hervorgerufenen Zustände werden einen Teil der allgemeinen Reparationsregelung bilden, bis die Besetzung eine „unsichtbare" geworden ist.

3. Deutschland teilt der Reparationskommission mit, für welche Frist es ein Moratorium wünscht und welche Jahresleistungen es nach Ablauf des Moratoriums vorschlägt.

Die Vorbedingungen für diese Entwicklung bestehen darin, daß **die Ruhr wieder zu arbeiten beginne.** Die „Times" schreiben, die deutsche Regierung sei so schwach, daß sie sich ihren eigentlichen Aufgaben nicht widmen könne, sondern ihre ganze Kraft dafür einsetzen müsse, um die Ruhe und Ordnung im Inneren zu erhalten.

Aussprache über die Kanzlerrede im Deutschen Reichstag.

Am Montag fand die Aussprache über die Kanzlerrede statt. Der Sozialdemokrat

Dr. Breitscheid

erklärte: „Wir sind auch heute noch der Ansicht, daß die Einleitung des passiven Widerstandes berechtigt und notwendig gewesen ist. Wir halten den Einbruch in das Ruhrgebiet für unvereinbar mit dem Völkerrecht und mit dem Sinn des Versailler Vertrages. Das Verhalten Deutschlands ist daher ein Akt berechtigter Notwehr. Die Regierung Cuno hat aber auf den lieben Gott und auf England gehofft, anstatt den passiven Widerstand dazu zu benutzen, den Gegner an den Verhandlungstisch zu bringen. Die Regierung Cuno hat die Hände in den Schoß gelegt.

England hat für uns vollkommen versagt. Unter dem Einfluß der Rechtsradikalen hat Baldwin nicht gewagt, aus seiner theoretischen Stellung zum passiven Widerstand die Konsequenzen zu ziehen. Im März erklärte uns Sozialdemokraten bei einer Besprechung Herr von Rosenberg: Der passive Widerstand ist auf seiner Höhe angelangt und läßt sich nicht mehr verstärken. Die Regierung Cuno hat aber unter dem Druck gewisser Personen und gewisser Kreise aus ihrer theoretischen Kenntnis nicht gewagt, die praktischen Schlußfolgerungen zu ziehen. So kam zum Schluß der Zusammenbruch eines Kampfes, der acht Monate lang unter Aufbietung gewaltiger Kräfte geführt worden ist. Es kam hinzu, daß immer und immer größere Teile der dortigen Bevölkerung von der Staatsunterstützung lebten.

Von deutschnationaler Seite wird der Bruch mit Frankreich mit allen Konsequenzen verlangt. Welches sind diese Konsequenzen? Sie (nach rechts) sollten lieber sagen: Krieg mit Frankreich und mit welchen Mitteln Sie ihn führen wollen. Bestenfalls würde es sich um einen heroischen Wahnsinn handeln. Von deutscher Seite ist jetzt geschehen, was geschehen konnte. Aber Poincaré findet in seinem Sieger-Übermut immer neue Vorwände. Mit aller Deutlichkeit zeigt sich, daß er Zeit gewinnen will, damit das Chaos in Deutschland immer weiter um sich greift. Wir erklären gegenüber den Plänen Poincarés mit aller Schärfe, **daß die Rheinlande deutsches Land sind und deutsches Land bleiben müssen.** Wenn Poincaré seine Politik weitertreibt, so kann er sich eines Tages den Ruf erwerben, der **Zerstörer Europas** zu sein.

Der Reichskanzler hat selbst die immer größer werdende **Arbeitslosigkeit** anerkannt. Wie kann man da für eine **Verlängerung der Arbeitszeit** eintreten! Dahinter steckt nur das Verlangen nach Abbau der Löhne, um auf dem Weltmarkt wieder konkurrenzfähig zu werden. Die Gewerkschaften sind bereit, **für eine Produktionserhöhung und für eine Verlängerung der Arbeitszeit da einzutreten, wo es nötig ist.** Den Achtstundentag lassen wir aber nicht antasten. Der Kampf um ihn wird draußen weitergeführt werden.

Für uns Sozialdemokraten ist Voraussetzung, daß wir durch unsere Vertreter in der Regierung einen **Einfluß auf ihre Beschlüsse** haben. **Der Weg ins Freie aus der Regierung bleibt für unsere Vertreter jederzeit offen; dann wird das Ermächtigungsgesetz einfach hinfällig.**

Abg. Graf Westarp (Dnat.)

erklärt, er müsse die große Koalition mit einem anderen Wort begrüßen als der Vorredner (Dr. Bell vom Zentrum). Naht Ihr Euch wieder, schwankende Gestalten? (Heiterkeit.) Geradezu Hohn und Spott fordert das heraus, was wir in der letzten Woche erlebt haben; darüber hinaus aber auch Scham und Empörung. Wenn irgendwann der Parlamentarismus versagt hat, so hat er in der letzten Woche versagt. Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat davon gesprochen, daß die **Wirtschaft**, nicht aber der Parlamentarismus versagt habe, und er hat diesen Vorwurf damit begründet, daß führende Männer des Wirtschaftslebens sich dem Staat nicht zur Verfügung gestellt hätten. **Dieser Vorwurf**, in dieser Form in dem jetzigen Augenblick ausgesprochen, **trifft nicht den Kern der Dinge.** Wenn jetzt die führenden Männer des Wirtschaftslebens sich versagt haben, so haben sie sich versagt **gegenüber der Parteiklique** und gegenüber dem Parlamentarismus und gegenüber dem Herrn Stresemann, der als Reichskanzler der Träger der großen Koalition ist, in der die Sozialdemokraten eine hervorragende Rolle spielen. Daß

der Ruf nach einer Diktatur

durch das ganze Volk geht, wird auch der Reichskanzler nicht bestreiten, um so weniger, als ja auch er und seine Koalitionsregierung in dem Ermächtigungsgesetz eine Art Diktatur haben will, womit er selbst anerkennt, daß der parlamentarische Apparat versagt. Diese Koalition wird sich nicht mehr lange halten. Der Gegenstand, der zur Sprengung der Koalition führen muß, ist überhaupt nicht in der Krise zur Sprache gekommen: die Frage: **wie man sich zu Frankreich verhalten und was die Grenze sein wird, an der die deutsche Nachgiebigkeit aufzuhören hat.**

Gerade in dieser Frage wird **die große Koalition,** das sagen wir voraus, **nicht mehr zusammenhalten können.** Unsere Haltung in der vergangenen Woche und auch in der Zukunft ist klar und eindeutig. Wir verlangen **die Loslösung der Regierung von der Sozialdemokratie.** Der vorherrschende Einfluß der Sozialdemokratie, den wir bis jetzt in allen Regierungen der Republik gemerkt haben, muß gebrochen werden. Wir haben die Überzeugung, daß in Deutschland **nur ohne die Sozialdemokratie eine richtige Politik geführt werden kann.** In unserem Aktionsprogramm von Ende August haben wir es für nötig erklärt, eine Regierungsstelle zu schaffen, die unabhängig vom Parlamentarismus die Geschäfte des Staates führt. Der derzeitigen Regierung können wir eine solche Vollmacht nicht erteilen. Wir meinen, daß jetzt **diktatorische Befugnisse** einer Regierung nicht mehr zu umgehen sind, daß sie in **die Hand von Militärbehörden** gelegt werden müssen.

Auf die Rede des Grafen Westarp antwortete Reichskanzler **Stresemann** sofort in einer langen improvisierten Rede, die nach allgemeinem Urteil sehr geschickt war. Stresemann wies auf die **Rede Lord Curzons** hin, die er ausführlich besprach; er erklärte, daß Reichskanzler **Cuno** von englischer Seite bereits gewarnt worden sei, den passiven Widerstand so lange fortzuführen, bis eine Situation eingetreten sei, bei der keine Möglichkeit mehr gegeben sei, seine Aufgabe an Bedingungen zu knüpfen. Gegenüber dem Drängen der Deutschnationalen auf sofortigen **Bruch mit Frankreich** erklärte Stresemann, wer keine Macht hinter sich habe, könne am wenigsten starke Worte gebrauchen, und eine diplomatische Aktion würde nichts geholfen haben. Lord Curzon wäre in diesem Falle gar nicht in der Lage gewesen, seine letzte Rede zu halten. In gewisser Beziehung sei der **Versailler Vertrag** gegenüber der bisher betriebenen Gewaltpolitik noch ein Schutz der deutschen Interessen. Für den Fall, daß eine Situation kommen sollte, in der Deutschland vor unmöglichen Forderungen und einem vertragslosen Zustand stehe, so solle jeder die Voraussetzungen schaffen, daß dieser Zeitpunkt ein **geeinigtes deutsches Volk** findet.

Nachts 12 Uhr wurde über den **Vertrauensantrag** für Stresemann abgestimmt und er mit einfacher Mehrheit gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten **angenommen.**

Deutsche Pressestimmen zur Rede Stresemanns.

Von den Blättern der Koalitionsparteien macht der „Vorwärts" folgende Bemerkungen zu der Reichstagsrede Stresemanns: „Die Ausführungen Dr. Stresemanns über die auswärtige und innere Politik waren geeignet, die Besorgnis zu zerstreuen, daß durch die teilweise Umbildung des Kabinetts eine Rechtsschwenkung eingetreten sei. Auch dem angekündigten Vorgehen gegen die Preispolitik der Kartelle und Syndikate zollt das Blatt Beifall, dagegen ist es weniger zufrieden mit den Ausführungen des Reichskanzlers über Bayern. Hier hätte es stärkere Betonung der Politik des Reiches gewünscht. Zum Schluß fordert der „Vorwärts" Anerkennung für den Mut und die Pflichttreue der Sozialdemokraten, die unter schwierigen Umständen auf dem Posten bleiben.

Die „**Germania**" nennt die Rede vortrefflich und schreibt: „Diese Ausführungen waren eine deutliche Antwort auf das Geschrei jener, die den Stab über das heutige System brechen und das gewaltige „Neue", das da kommen soll, stets mit großen Worten ankündigen, die aber stets versagen, wenn die Probe aufs Exempel gemacht werden soll."

Die **Blätter der Rechten** stellen dem zweiten Kabinett Stresemann kein günstiges Prognostikon. Die Entscheidung über das Schicksal des Kabinetts erwarten die Rechtsblätter **von der äußeren Politik.** Sie bezweifeln durchgehend, daß Stresemann eine entschiedene **auswärtige** Politik in ihrem Sinne führen werde. Die **Politik der Verhandlungen** mit Frankreich müßte, so schreibt die „**Deutsche Allgemeine Zeitung**", **scheitern,** weil sich der Kanzler **nicht** von den Hemmungen befreien konnte, die sich aus seinem Verhältnis zu den Sozialdemokraten ergaben.

Im Zusammenhang mit der Kabinettsbildung beschäftigten sich einige Blätter **auch mit der Zukunft der Deutschen Volkspartei.** Der „**Tag**" sieht die Verbindung einer liberalen Partei Petersen-Stresemann voraus, da zwischen beiden Parteien politisch kaum noch große Wesensunterschiede beständen. In der Deutschen Volkspartei hätten sich die Gegensätze der einzelnen Gruppen wesentlich verschärft, doch wäre es übereilt, jetzt schon von einer bevorstehenden Spaltung zu sprechen. Stresemann sei heute von den Demokraten umworben, weil sie sehen, daß nur durch ihn ihr politisches Leben fortgeführt werden kann.

Dem Artikel des **Grafen Westarp** in der „**Kreuzzeitung**" sind die politischen Linien zu entnehmen, die von den Deutschnationalen für die Weiterentwicklung und besonders für das Verhältnis dieser Partei zu dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei vorausgesehen werden. Graf Westarp legt bei seiner Besprechung den Hauptnachdruck auf das Außenpolitische und glaubt, daß sich an der **Notwendigkeit einer nationalen Politik** die Einigung zwischen der Deutschen Volkspartei und den Deutschnationalen vollziehen werde. Der **Kampfruf** des Grafen Westarp „Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie" geht von dieser nationalen Basis aus.

Die „**Deutsche Allgemeine Zeitung**" schreibt noch folgendes zur Rede Stresemanns: „Der Reichskanzler behauptet, daß die **Männer der Wirtschaft** sich dem Staate nicht zur Verfügung gestellt hätten. Da muß nach unserer Kenntnis der Dinge doch gesagt werden, daß die hier gemeinten Wirtschaftsführer immer bereit gewesen sind, sich in den Dienst des **Staates** zu stellen. Aber l'état ist nicht mehr moi. Die Ankündigung, daß die Reichsregierung in ihrem **Verhältnis zu Bayern** auf eine Politik der Nadelstiche verzichten will, daß sie bereit ist, die **Länder finanziell wieder selbständig** zu machen, das Versprechen äußerster **Sparsamkeit** in der Finanzverwaltung und die recht allgemein ausgesprochene Absicht, eine Gesundung der Wirtschaft herbeizuführen, — alles das ist sicher begrüßenswert. Aber **in der praktischen Politik** wird die zweite Regierung Stresemann zu beweisen haben, daß sie imstande ist, die ernsten prinzipiellen Bedenken zu vermindern, die bei ihrer Bildung bestanden. Der Reichskanzler hat neuerdings eine, allerdings sehr kurze, **Bewährungsfrist.**

Günstiges Urteil in Frankreich.

Der „**Temps**" hebt hervor, daß Poincaré, als er seine beiden gestrigen Reden verfaßte, den Zweck der Ausführungen Stresemanns noch nicht gekannt habe. Man müsse sich bemühen, die neue Zusammensetzung des Kabinetts Stresemann ohne Vorurteil zu betrachten. „Wenn wir irgendeine Neigung hätten," so schreibt der „Temps", „so gehe diese eher dahin, dieses Ministerium der konstitutionellen Konzentration gut zu behandeln. „**Matin**" schreibt: Der „Streik der Besiegten" ist beendet; das hat der Reichskanzler gestern mit einem gewissen Mut verkündet. Die Volksparteiler und Sozialisten haben sich vor den Interessen ihres Landes gebeugt. Der Reichskanzler scheine begriffen zu haben, daß man jetzt zwischen der Reparationszahlung und der Auflösung Deutschlands wählen müsse. — „**Petit Journal**" schreibt, im Augenblick sei nicht mehr von Diktatur die Rede, zweifellos weil die, die ihr zujauchzten, ihre Stunde noch nicht für gekommen hielten. — „**Gaulois**" sagt, die Rede Stresemanns entbehre weder der Geschicklichkeit noch des Muts. Sie sei deshalb geschickt, weil sie gegenüber Frankreich eine unendlich gemäßigtere Sprache führe, als Lord Curzon sie angewandt habe. Der gute Wille Frankreichs hänge von dem guten deutschen Willen ab. — „**Figaro**" vertritt den Standpunkt, Stresemann habe durch seine Rede sich den Weg zu einer Verhandlung mit Frankreich nicht versperrt.

Annahme des Ermächtigungsgesetzes im deutschen Reichsrat.

Der **Reichsrat**, der aus den Vertretern aller Länder besteht, hat am 8. Oktober dem Entwurfe des Ermächtigungsgesetzes mit der für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen Zweidrittelmehrheit **zugestimmt.** Nach dem Ermächtigungsgesetze kann die Regierung die **Maßnahmen** treffen, die sie **auf finanziellem, wirtschaftlichem und sozialem Gebiete für erforderlich** erachtet. Dabei kann von den Grundrechten der Reichsverfassung abgewichen werden. **Die Ermächtigung erstreckt sich nicht auf die Arbeitszeit.** Die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und sind auf Verlangen des Reichsrates aufzuheben. Das Ermächtigungsgesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft und verliert seine Gültigkeit bei einer Änderung des Kabinetts oder der parlamentarischen Grundlage des Kabinetts, spätestens jedoch am 31. März 1924.

Die Landwirtschaftl. Winterkurse
des Landwirtschaftl. Vereins Kujawien in
Inowrocław
beginnen Anfang November. Näheres durch die
Geschäftsstelle Inowrocław,
ul. św. Ducha 95 I.

Habe mich niedergelassen
W. STĘPKA, Dentist
Wielkie Garbary 18 (fr. Gr. Gerberstraße 18).
Sprechstunden 9½—12½ und 3—5½.

Achtung! Die neuesten Modelle für Damenhüte besitzt nur d.
Hutfabrik H. Nejsser, Skarbowa 17, part.
Nach diesen Modellen werden Damen-, Herren- u. Kinderhüte fachmännisch schnell umgepreßt u. gefärbt.
Offeriere **moderne Linonformen,** sowie **sämtliche Saisonneuheiten.**

Dywan Poznań, ul. Wrocławska 20
Spezial-Teppich-Haus
empfiehlt
Teppiche, Läufer, Linoleum usw.
Riesenauswahl. — Tel. 37-49. — Mäßige Preise.

Komplette
Zementwaren-Einrichtung
3 Tische für Dachsteine, mit zirka 3 000 gußeisernen Unterlagen.
4 Tische für Mauersteine, mit zirka 25 000 Unterlagebrettern.
Brunnenringform, 1 m ⌀, mit 14 Unterlagen.
Rohrdurchlaßformen, für 0,20, 0 30 u. 0 50 m, mit Reserveunterlagen.
1 gußeiserner Tisch für Mauersteinblöcke
Formen für Bürgersteigplatten und Gullydeckel. — Gesamtgewicht 200 Ztr.
steht zum Verkauf.
Otto Tonn, Rogoźno.

Batterien
für Taschenlampen „Hencil" über 3 Monate Garantie, auch deutsche „Deimon" **Hülsen, Birnen** und **Feuerzeuge.**
Nasse und trockene Elemente
alles **zu Fabrikpreisen** empfiehlt
E. Kolman, Poznań,
Przecznica 7. Telephon 54-33.

Ich biete zu günstigen Preisen und zur sofortigen Lieferung an:
Kartoffel-Erntemaschinen, -Sortiermaschinen, -Waschmaschinen,
Rübenheber.
Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Verbrauchte und nicht gehende
Nähmaschinen,
sowie **Nähmaschinen-Ständer und -Köpfe** kaufe und zahle die **höchsten Preise.** Postkarte genügt, hole ab. 9470) **St. Knapik, Poznań, Zwierzyniecka 20.**

Kreissägeblatt
fast neu, 70 cm. Durchmesser,
sofort zu verkaufen.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Ausschneiden! Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

in

Unterzeichneter bestellt hiermit
1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat Oktober 1923

Name ....

Wohnort ....

Postanstalt ....

Straße ....

Confiserie Walerja Patyk
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 6 (neben der Post)
Gegr. 1901. Telephon 3833. Schließfach 330.
Erstkl. Konfitürengeschäft am Platze
empfiehlt täglich frische Waren in **großer Auswahl.**
Ständige Ausstellung künstlerisch ausgeführter Bonbonnieren.



Seltenes Angebot!
Wir bieten antiquarisch, tadellos erhalten, zum **Kauf** an:
A. Bier, H. Braun, H. Kümmel
Chirurgische Operationslehre
2. Aufl. 1917.
Band I u. IV, elegant gebunden.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Mit Genehmigung des Magistrats wird der bisherige Droschken-Tarif folgendermaßen geändert:

Für Taxameterfahrten innerhalb der Stadt Poznań gilt, am Tage wie bei Nacht, die Taxe III und zwar ist für 1 bis 2 Personen der 30 000 fache Betrag der angezeigten Taxameterziffer zu entrichten. Für jede weitere Person werden 50 Pfg. im selben Verhältnis berechnet. Gepäck bis 10 kg ist gebührenfrei.

Für Gepäck von 10 bis 25 kg sind 50 Pfennig,
für jede weiteren 10 kg sind 50 Pfennig,
für Mitnahme eines Hundes sind 50 Pfennig
zu entrichten.

Schoßhunde sind gebührenfrei.

Alle Zuschläge werden 30 000 fach berechnet.

Poznań, den 3. Oktober 1923.

Der Leiter des Starostwo Grodzkie
i. V. (—) **Wadyński.**

Küchenherd für **Restaurant** oder große **Küche,** blauweiße Kacheln, 9½ Kacheln lang, mit vielen Messinghaken, sehr gut erhalten, **sofort hier** zu **verkaufen.** Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Blattes.

Stellengesuche

Mit all. Masch. d. Holzbr. vertr. s. anderw. Stellg. als **Platz- oder Werkmeister,** wo erwachs. Tocht. (Handelsschule bes.) evtl. i. Kont. Anst. find. Bin evgl., poln. Staatsbürger. Zuschr. u. **H. 9452** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Jg. Landwirt, der die Lehrzeit beendet, **sucht Stellung** als **Assistent** oder **zweiter Beamter** auf groß. Gut. Gefl. Angeb. unt. **T. 9468** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Fräul. m. Bürokenntnissen, d. deutschen u. poln. Spr. in Wort u. Schrift mächtig, auch in Maschineschreiben bewandert, sucht Stellung als
Sekretärin
auf einem Gute. Off. u. **R. S. 9464** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Kontokorrent-Buchhalterin
mit Lohnwesen vertraut, nur der deutschen Sprache mächtig, sucht per 1. 11. 23 Stellung. Gefl. Ang. u. **Z. 9460** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Junges Mädchen 18 Jahre alt **sucht** per **sofort** oder spät. **Stellung** auf dem Lande als
Kindermädchen
würde evtl. auch im Haushalt behilflich sein. Angebote unt. **9455** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Junges Mädchen möchte ohne gegenseitige Vergütung den **Haushalt auf dem Lande erlernen.** Off. u. **S. M. 9465** a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Einen hocheleganten
Jagdwagen (Patentachsen),
neu, Umstände halber zu verkaufen.
Otto Tonn, Rogoźno.

Welche Firma
gedenkt in **Król. Huta** (Poln.-Oberschl.) ein **Kommissions-Lager,** Verteilungsstelle etc., gleich welcher Branche, einzurichten? Groß. **Geschäftslokal** steht zur Verfügung. Angebote unter **Schließfach 127, Königshütte.**

Preiswert zu verkaufen:
kompl. Kartoffelflocken-, Rüben- u. Gemüse-Trocken-Anlage,
mit sämtlichen Maschinen und Apparaten, sowie **komplette maschinelle Einrichtung** einer
Dampfziegelei, Dachstein- u. Drainröhren-Fabrik
alles in gutem Zustande, bisher in Betrieb gewesen.

Zu kaufen gesucht:
1—2 Kugelkocher
wie solche zu **Kraft-Strohfutterbereitung** benutzt wurden.
Księgarnia św. Wojciecha,
Poznań, Aleje Marcinkowskiego 22.

Erfahrener Landwirt, 43 Jahre, evangel., verh., kleine Familie, beider Landessprachen in Wort und Schrift mächtig, 23 Jahre im Fach, sucht von sofort Vertrauensposten als
Administrator
oder Gutsverwalter auf größerer Besitzung. Offerten unt. **K. 9430** an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Spielplan des Großen Theaters.

Mittwoch,	den 10. 10., um 7½ Uhr: **„Lohengrin"**, Romantische Oper von Wagner.
Donnerstag,	den 11. 10., um 7½ Uhr: **„Glocken von Corneville"**,
Freitag,	den 12. 10., um 7½ Uhr: **„La Bohème"**, Oper von Puccini.
Sonnabend,	den 13. 10., um 7½ Uhr: **„Ballett-Abend"**.
Sonntag,	den 14. 10., um 7½ Uhr: **„Troubadour"**, Oper von Verdi.

Tanzschule Ilse Berger
Poznań, ul. Ogrodowa 5.
Damen und Herren werden zum **Anfängerkursus** noch angenommen.
Fortgeschrittener Kursus beginnt am 15. Oktober.
Anmeldungen täglich.

Aug. Hoffmann,
Baumschulen, Gniezno
empfiehlt zur **Herbstpflanzung** sämtliche **Obst- u Alleebäume,** auch **Pfirsich** und **Aprikosen, Heckenpflanzen Ziersträucher, Rosen** usw.

Posener Bachverein.
Donnerstag, d. 11. 10. 23, abends 7 Uhr:
Konzert
in der Kreuzkirche.
Eintrittskarten für 50 000, 25 000, 10 000 M. in d. Ev. Vereinsbuchh. Der Ertrag ist für die Armen der Kirche bestimmt. (9426

Ankäufe u. Verkäufe

Einspänner-Wagen
2- oder 4rädrig,
sofort zu kaufen gesucht
Leitgeber, Poznań
pl. Wolności 17.

Berufst., dunkelbl. Dame, 25 J. alt, angen. Aeußere, gebildet, musik., kath., wünscht m. christl. Herrn in Briefw. zu treten, zwecks späterer
Heirat.
Wäsche, teilw. Möbel vorh. Nur ernstgem. Zuschr. u. **9483** a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Jung. gebildeter Herr sucht liebevolle, freidenkende
Lebensgefährtin.
Nicht anonyme Zuschriften mögl. mit Bild, welches auf Wunsch retourniert wird, bitte u. **P. 9459** a. d. Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Im Handel ganz vergriffen!!
Wir bieten als höchst selten, antiquarisch gut erhalten, an:
Jos. Lukaszewicz,
Histor.-statist. Bild der Stadt Posen,
vom Jahre 968—1793
mit Karten und Plänen, 2 Bände, gebunden.
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.
Abtl.: **Versandbuchhandl.**

Polnisches Lehrbuch
Wesoły Początek
von Hermann Seydell.
5. Auflage.
Preis 70 000 Mk.,
nach auswärts mit Portozuschlag und Verpackungsspesen.
Zu beziehen durch Buchhandlungen und vom Verlage: (9345
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.

Zum Verkauf:
Wringmaschine,
Nipptischchen.
Ulica Głogowska 104, I rechts bei **B.**

Wir bieten antiquarisch gut erhalten zum Kauf an:
162 Bände, gebunden,
Bibliothek der Unterhaltung und des Wissens.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Poznań, Zwierzyniecka 6.
Abt. **Versandbuchhandlg.**

Empfehlenswerte
Zeitschriften:
Die Woche,
Daheim,
Velhagen-Klasing's Monatshefte.
Westermann's Monatshefte,
Gartenlaube,
Für's Haus,
Bazar,
Elegante Mode,
Bobach's Frauen-Mode-Zeitung,
Europäische Modenzeitung (Herren-Journal).
Bestellungen nehmen jederzeit entgegen:
Posener Buchdruckerei u Verlagsanstalt T. A.
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań Zwierzyniecka 6.

Wir suchen antiquarisch baldigst zu kaufen:
Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivil- u. Strafsachen.
Sämtliche Bände.
Angeboten sehen entgegen
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Abt. **Versandbuchhandlg.**
Poznań,
Zwierzyniecka 6.

Wir bieten antiquarisch, gut erhalten, zum Kauf an:
Methode Toussaint-Langenscheidt
Englisch.
Angeboten sehen wir entgegen.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.,
Abt.: **Versandbuchhandlg.**
Poznań, Zwierzyniecka 6.



Hersteller: Urbin-Werke, G. m. b. H. Danzig, am Troyl.
Vertreter: **M. Tita, Poznań, Grochowe Łąki 4.**

Für Architekten!
Höchst selten:
Lacroux,
La Brique ordinaire,
feinstes architekton. Prachtwerk, 8 Bände, gebunden.
Groß Folio-Format, architektonisch farbige Kunsttafeln darstellend: Hotels, Privatbauten, Landhäuser, Villen usw. Pariser Ausgabe (franz. Text).
Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A.
Poznań,
Zwierzyniecka 6.
Abt. **Versandbuchhandlg.**

Das Gesetz über die Vermögensabgabe.

Erläutert von Notar Czaja.

(Fortsetzung.)

Die Gemeindevorstände haben bis 31. Dezember 1923 Verzeichnisse der der Vermögensabgabe unterliegenden Personen und ihres unbeweglichen Vermögens gegen Ersatz der Kosten anzulegen, die Formulare zum Vermögensbekenntnisse den Parteien zuzustellen. Diese Formulare sind ausgefüllt und unterschrieben bis zum 31. Januar 1924 dem Gemeindevorstande zurückzustellen, widrigenfalls sie der Gemeindevorstand zu verfassen hat, und sind die Bekenntnisse bis 15. Februar 1924 dem Finanzinspektorate vorzulegen, der sie zu prüfen und zu ergänzen und die Vorauszahlung auf die 1. Rate der Abgabe jedem Abgabepflichtigen vorzuschreiben hat. Die Vorauszahlung auf die erste Rate ist vom 15. April 1923 bis 15. April 1924 und in derselben Höhe jedes weitere halbe Jahr so lange zu bezahlen, bis die Abgabe bemessen sein wird. Wenn der Abgabepflichtige beim ersten Zahlungstermine die auf Grund seines Bekenntnisses ermittelte ganze Vermögensabgabe bar bezahlt, so wird ihm ein 10prozentiger Nachlaß gewährt, bezahlt er sie mit Pfandbriefen oder Vorzugsaktien, so beträgt der Nachlaß 5 Prozent der Abgabe. Auf die 1. Rate muß jedoch entrichtet werden: 1. von den Abgabepflichtigen, die jährlich 150 000 bis 600 000 M. Grund- und Hausklassensteuer zahlen, der Betrag dieser auf das 1. Semester 1923 entfallenden Steuern, bei einer Steuer über 600 000 bis 1 Million Mark den zweifachen Betrag und bei einer Steuer von über 1 Million Mark den dreifachen Betrag dieser für das 1. Semester 1923 entfallenden Steuern. 2. Die Gewerbesteuerpflichtigen zahlen den zweifachen Betrag der Gewerbesteuer, die auf das 1. Semester 1923 entfällt, und zwar von den Industrieunternehmungen der ersten 6 Kategorien und von den Handelsunternehmungen der ersten 2 Kategorien, dagegen bei den freien Berufen und bei den Erwerbsunternehmungen der 7. Kategorie und den Handelsunternehmungen der 3. Kategorie bloß den einfachen Betrag der Steuer für das 1. Semester 1923.

Die Schätzungskommission hat spätestens bis 31. Dezember 1924 die Abschätzungen der Vermögen zu beenden, zu welchem Zwecke sie die Parteien, Zeugen und Sachverständige einvernehmen und Lokalaugenscheine mit Sachverständigen vornehmen kann. Alle staatlichen und autonomen Behörden haben auf Ersuchen der Kommission ihr alle nötigen Informationen und Daten zu erteilen und eventuell Aufzeichnungen, Bücher und Dokumente der Parteien einzusehen und kann auch die Kommission die Vorlage solcher Behelfe anordnen. Den im Bekenntnisse abgegebenen Vermögensstand kann die Kommission nur dann abändern, wenn sie dagegen Zweifel hegt und sie der Partei vorhält oder wenn die zur Aufklärung geladene Partei die Aufklärungen nicht erteilt. Jedes Inspektorat hat die Hauptsumme der bemessenen Abgabe bis 31. Januar 1925 dem Finanzministerium mitzuteilen, welches bis 15. März 1925 die Ermäßigung oder Erhöhung der Abgabe in Prozenten für jeden Bezirk bekannt zu geben hat. Zahlungsaufträge und Verzeichnisse über die Abgabe. Der Zahlungsauftrag enthält die Bewertung des Vermögens, die Abgabestufe, den Abgabebetrag, das Zu- oder Abschlagsprozent, die Zahlungstermine und die Belehrung über die Rechtsmittel gegen den Zahlungsauftrag. Dieselben fertigt das Finanzinspektorat aus und stellt sie den Parteien bis 15. Mai 1925 zu. Zugleich wird in jeder Gemeinde eine Liste der abgabepflichtigen Personen mit Angabe des Wertes ihres Vermögens und der ihnen vorgeschriebenen Abgabe öffentlich aufgelegt und steht es jedem frei, seine Bemerkungen über andere Parteien zu Protokoll zu geben.

Berufungen. Diese sind binnen 30 Tagen vom Tage nach Zustellung des Zahlungsauftrages beim Finanzinspektorate einzubringen, und zwar gegen die ermittelte Höhe der Vermögensabschätzung oder gegen die Höhe der Abgabe. Auf Verlangen des Beschwerdeführers hat ihm das Inspektorat alle Grundlagen für die Schätzung und Vorschreibung der Abgabe mitzuteilen, in welchem Falle die 30tägige Berufungsfrist unterbrochen wird vom Tage des Ansuchens bis zum Tage der Mitteilung der Bemessungsgrundlagen an ihn. Nach Ablauf der Frist eingebrachte Berufungen werden berücksichtigt, wenn die Frist nicht über 15 Tage überschritten und die Verspätung durch ein unvorhergesehenes Ereignis nachgewiesen wurde. Dem Vorsitzenden der Schätzungskommission steht auch das Recht der Berufung gegen die Beschlüsse der Schätzungskommission binnen 30 Tagen nach Auflegung der Listen zu, wovon der betreffende Abgabepflichtige unter Anschluß einer Abschrift der Berufung verständigt wird, die der Abgabepflichtige binnen 14 Tagen beantworten kann. Die Berufungskommission entscheidet endgültig über die Berufungen, wobei sie weder an die aktenmäßigen Abschätzungen noch an die Vorschläge des Vorsitzenden der Schätzungskommission gebunden ist. Gegen die Entscheidung der Berufungskommission ist nur die Klage an den obersten Verwaltungsgerichtshof gemäß des Gesetzes vom 3. August 1922, Nr. 67 Dz. U. zulässig.

(Schluß folgt.)

Aus Stadt und Land.

Posen, den 10. Oktober.

Der Steuerabzug von Dienstbezügen, Pensionen und Löhnen.

Im Sinne der Verordnung des Finanzministeriums vom 23. September 1923, L. D. P. 8872/2 sind die Arbeitgeber, vom 30. September beginnend, bzw. vom 1. Oktober l. Js. an verpflichtet, bei Abzügen von Dienstbezügen, Pensionen und Löhnen für die Einkommensteuer den Prozentsatz anzurechnen, der vom Betrage, den der Bezugsberechtigte in Dienstbezügen, Pensionen oder Löhnen am 1. Juli 1923 — wenn es sich um eine Bezahlung im vorhinein handelt — und am 30. Juni, — wenn es sich um eine Bezahlung im nachhinein handelt — erhalten hat. Dieser Grundsatz ist auch maßgebend bei Zulagen, die im Laufe des Monats ausgezahlt worden sind. Wenn die Entlohnung eines Arbeitnehmers infolge Vorrückung in eine höhere Gehaltsstufe, einer Alterszulage oder Vergrößerung des Familienstandes eine Erhöhung erfahren hat, so ist der Betrag anzurechnen, den der Arbeitnehmer am 1. Juli oder 30. Juni erhalten hätte, wenn er schon damals die höheren Gebühren erhalten haben würde.

Der oben angegebene Prozentsatz ist auch bei einmaligen Zuwendungen (Remunerationen, Aushilfen und dergl.) anzuwenden.

Beispiele:

1. Der Arbeitnehmer, dessen Monatsentlohnung am 1. Juli l. Js. 2 000 000 Mkp. betragen hat, bekommt nach derselben Gehaltskategorie am 1. Oktober 10 000 000 Mkp.

Festsetzung des Prozentsatzes und Berechnung der Steuer: Das Monatsgehalt von 2 000 000 Mkp. entspricht einem Jahresgehalte von 24 000 000, der entfallende Prozentsatz nach der im 3. Quartale geltenden Skala (Dz. U. R. P. 63, Pos. 482) beträgt 1,4 Prozent. Infolgedessen wird bei der Auszahlung der erwähnten 10 000 000 Mkp. die Steuer im Ausmaße von 1,4 Prozent dieser Summe, somit 140 000 Mkp. abzuziehen sein.

2. Demselben Arbeitnehmer wird am 25. Oktober eine Teuerungszulage in der Höhe von 4 000 000 Mkp. ausgezahlt.

Berechnung der Steuer: Der Prozentsatz der periodischen Entlohnung, die am 1. Juli l. Js. ausgezahlt worden ist, beträgt 1,4 Prozent; somit beträgt die Steuer von der erwähnten Teuerungszulage in der Höhe von 4 000 000 Mkp. 1,4 Prozent von diesem Betrage, somit 56 000 Mkp.

3. Einem Arbeiter, dessen periodische Entlohnung wöchentlich, zahlbar im nachhinein, ausgezahlt am 30. Juni l. Js., 500 000 Mkp. beträgt, wird am 30. September l. Js. die wöchentliche Entlohnung in der Höhe von 2 000 000 Mkp. ausgezahlt.

Feststellung des Prozentsatzes und der Steuer: Die periodische wöchentliche Entlohnung nach dem Ausmaße vom 30. Juni l. Js. in der Höhe von 500 000 Mkp. beträgt im Jahre 500 000 × 52 = 26 000 000 Mkp.; der nach der im 3. Quartale des Jahres 1923 geltenden Skala berechnete Prozentsatz beträgt 1,7 Prozent. Infolgedessen wird bei der Auszahlung der 2 000 000 Mkp. die Steuer im Ausmaße von 1,7 Prozent von dieser Summe berechnet, d. i. 34 000 Mkp. betragen.

4. Dem Arbeitnehmer, der eine höhere Besoldungsklasse hat, wie am 1. Juli l. Js., wird am 1. Oktober das Monatsgehalt von 12 Millionen Mkp. ausgezahlt.

Berechnung des Prozentsatzes und der Steuer. Im Dienstgrade, nach welchem das Gehalt von 12 000 000 Mkp. ausgezahlt worden ist, hat das Gehalt am 1. Juli l. Js. 4 000 000 Mkp. betragen, was im Jahre 48 000 000 Mkp. ausmacht. Der Prozentsatz bei einem Jahreseinkommen im Jahre von 48 000 000 beträgt nach der im 3. Quartale l. Js. geltenden Skala 3 Prozent, somit sind ihm bei Auszahlung der 12 000 000 Mkp. 3 Prozent abzuziehen, d. i. 360 000 Mkp.

5. Dem Arbeitnehmer, von dem im Punkt 1 gesprochen wurde, wird am 15. November d. Js. eine einmalige Entlohnung (Remuneration, Aushilfe u. dgl.) in der Höhe von 10 000 000 Mkp. ausgezahlt.

Berechnung der Steuer: Der Prozentsatz, der der Entlohnung dieses Arbeitnehmers am 1. Juli d. Js. entspricht, ist 1,4 Prozent. Infolgedessen wird bei Auszahlung dieser 10 000 000 Mkp. die Steuer in der Höhe von 1,4 Prozent oder 140 000 Mkp. abgezogen.

Wenn die Blätter fallen.

Die rauhe Jahreszeit scheint jetzt mit Riesenschritten ihren Einzug halten zu wollen, draußen ist seit einigen Tagen alles grau in grau gehüllt, ohne daß uns, wie es einmal der Fall war, ein vorzeitiger Nebel beschert ist. Nur selten und für wenige Minuten gelingt es der Sonne, den dichten Wolkenschleier des Firmaments zu durchbrechen und etwas erquickende Wärme zu spenden, so daß es zeitweis draußen wärmer ist als in den schon stark durchkälteten Wohnzimmern, die zu beheizen man sich mit Rücksicht auf die hohen Preise der schwarzen Diamanten noch nicht hat entschließen können. Die unmittelbare Folge dieser Sparsamkeit zeigt sich in den zahllosen geröteten Nasen, denen man jetzt auf Schritt und Tritt begegnet, ein Zeichen dafür, daß der periodische Herbstschnupfen, wie er in der Zeit des Witterungsübergangs üblich ist, seine Herrschaft angetreten hat. Mit Wehmut sieht man, wie die Bäume immer mehr ihres Schmuckes entkleidet werden. Auf den Wegen gleitet der Fuß durch raschelndes rötlich gefärbtes Laub, und wenn der Haushälter auch noch so gewissenhaft beim Zusammenfegen der abgefallenen Blätter beschäftigt ist — es soll tatsächlich auch bei uns in Posen noch gewissenhafte Haushälter geben —, kaum hat er den Rücken gewendet, und schon wieder fegt der Wind zahllose Blätter über die Straßen. Es nutzt eben alles nichts. Die kalte Jahreszeit hat ihre Herrschaft angetreten, und vergeblich erscheint alles Bemühen, sich gegen die Benutzung des wärmenden Ofens zu stemmen. Notgedrungen werden wir uns dazu entschließen müssen, nachdem die erste Dekade des Oktober mit dem heutigen Tage ihr Ende erreicht hat. Oftmals haben wir um diese Zeit in früheren Jahren schon länger als eine Woche den Ofen heizen müssen.

Ernte- und Saatenstandsbericht.

Die letzte Woche stand ganz besonders im Zeichen der Kartoffelernte. Alle verfügbaren Arbeits- und Gespannkräfte waren dazu herangezogen worden. Obschon doch viel über Arbeitslosigkeit geklagt wird, konnte manch Landwirt nicht so viele Leute zum Kartoffelhacken zusammenbekommen, als er gut hätte brauchen können. Immerhin ist die Arbeit im ganzen recht gut gefördert worden. Der bäuerliche Besitz ist größtenteils mit der Kartoffelernte fertig; auf allen Gütern wird dies mit Ablauf der neuen Woche der Fall sein. Über die Erträge lauten die Angaben verschieden; im großen und ganzen scheint das Durchschnittsergebnis vom Morgen etwa 80 Zentner zu sein. Von manchen Stellen werden allerdings günstigere Ergebnisse angegeben. Auch in dieser Woche wurden noch stellenweise Lupinen eingefahren, und konnten noch nicht einmal überall geborgen werden, zumal das Wetter manch einen Strich durch die Rechnung gemacht hat. Die Lupinen haben meist guten Schotenansatz und dürften einen guten Ertrag bringen. Ein wenig Grummet ist auch noch draußen geblieben. Die jungen Roggensaaten sind nun zum großen Teil recht hübsch grün geworden. Der Aufgang der Wintersaaten läßt wohl kaum irgendwo zu wünschen übrig. Soweit die Stoppelserradella nicht abgeweidet worden ist, weist sie jetzt einen prachtvollen Stand auf, meist auch der Stoppelklee. Leider sind viel Landwirte gezwungen gewesen, die Serradella abzuweiden, da ihnen andere Weide fehlte. Gründüngungssaaten von Lupinen, Peluschken und Wicken haben sich weiter gut entwickelt.

S.

Bargeldloser Verkehr bei der Eisenbahn wird vom 13. Januar 1924 ab bei den polnischen Staatsbahnen eingeführt werden, und zwar dürfen von diesem Tage an die Güterbahnhöfe Einzahlungen in Schecks entgegennehmen.

Neue Eisenbahnverbindung Warschau—Danzig über Graudenz. Wie gemeldet wird, erwägt man in den maßgebenden Kreisen die Aufhebung des Nachtschnellzuges Danzig—Warschau über Marienburg—Dt.-Eylau und seine Führung lediglich durch polnisches Gebiet, über Mława—Graudenz—Laskowice. Dieser Zug würde aus Warschau in Graudenz um 6 Uhr früh, und in Danzig einige Minuten nach 9 Uhr vormittags eintreffen. Abends soll er Danzig gegen ¾9 Uhr verlassen, in Graudenz kurz nach 12 Uhr und in Warschau etwa um 7 Uhr früh anlangen. Der Zugverkehr ist vom 15. Oktober ab vorgesehen.

X **Eine neue polnische Briefmarke.** Die Erhöhung des Portotarifs hat die Ausgabe einer 3000 Mark-Marke im Gefolge gehabt, die jetzt bei den hiesigen Postämtern zu haben ist. Die Marke ist von der gleichen Größe, wie die bisherigen Werte von 500—2000 M. Sie hat hellbraune Färbung und trägt unter dem Bildnis von Konarski, eines polnischen Gelehrten und Neubegründers des polnischen Schulwesens im 18. Jahrhundert, die Bezeichnung „Poczta Polska".

X **Ein neuer Droschkentarif** ist in der Stadt Posen eingeführt worden. Darnach sind Tag- und Nachtfahrten von 1 bis 2 Personen mit dem 30 000fachen der Taxe 3 zu entrichten. In Friedenszeiten wurde eine solche Fahrt nach Taxe 1 beglichen. Für Gepäck von 10—25 Kilogramm, sowie für jede weiteren 10 Kilogramm und für die Mitnahme eines Hundes — Schoßhunde sind frei — sind je 15 000 Mk. zu bezahlen.

Posener Bachverein. Es sei nochmals daran erinnert, daß das morgen, Donnerstag, abend in der Kreuzkirche stattfindende Konzert Punkt 7 Uhr beginnt und Punkt 8,20 schließt, weil nur so vielen auswärtigen Besuchern das Erreichen ihres letzten Zuges ermöglicht wird. Es wird aber herzlich gebeten, das „Beginn Punkt 7 Uhr" doch nicht so zu verstehen, daß die Allermeisten erst wenige Minuten vor 7 Uhr erscheinen, in der Meinung, daß sie doch numerierte Plätze hätten und immer noch zurecht kämen. Jeder Verständige wird sich sagen, daß das, was wohl in einem kleinen Saale mit übersichtlichen Stuhlreihen möglich ist, in einer großen Kirche, mit den verschiedensten Eingängen, Treppen, Emporen, Sitzreihen und für 1000 Menschen, die zum großen Teil in dem Raum fremd sind, eine technische Unmöglichkeit ist, und mag alles noch so verständig geordnet sein. Dazu muß ein jeder nach Möglichkeit schon erheblich zeitiger erscheinen. Die Kirche wird um 6,20 Uhr geöffnet werden. Auf jedem Eintrittsausweis steht der Vermerk: 1. Portal — Turmportal — 3. Portal; wer das beachtet und gleich die richtige Eingangstür aufsucht, tut schon viel dazu, daß jeder rechtzeitig auf seinen Platz kommt. — Bei einer der letzten Aufführungen des Bachvereins ist es auch mit Recht in der öffentlichen Besprechung in der Zeitung getadelt worden, daß mehrere die Rücksichtslosigkeit begingen, schon vor oder während des Schlußchorales aufzustehen und die Kirche zu verlassen. Im Gegenteil werden diesmal die einheimischen Besucher gebeten, noch einen Augenblick nach Schluß auf ihren Plätzen zu verweilen, damit die Auswärtigen zunächst die Treppen und Ausgänge gewinnen können. Wer es manchmal miterlebt hat, wie eine schöne Feierstunde, welcher Art sie auch sein mochte, häufig durch das, was unmittelbar nach Schluß an Unerquicklichem geschah, um ihre beste Wirkung gebracht wurde, der wird wohl verstehen, wenn einmal solche Bitte und Mahnung öffentlich ausgesprochen wird. Die Hauptsache aber: ein Jeder komme rechtzeitig, denn um Punkt 7 Uhr wird unbedingt begonnen, und für Zuspätkommende werden die 3 Kirchtüren erst 20 Minuten später, nach Schluß der ersten Kantate, für 2 Minuten geöffnet werden.

Vom Film. Im Teatr Pałacowy übt gegenwärtig eine Bearbeitung der „Fledermaus" starke Anziehungskraft

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

— **August Scholz,** der besonders als Übersetzer aus dem Russischen bekannt gewordene Schriftsteller, ist nach langem Leiden im 66. Lebensjahre gestorben. Scholz, schon äußerlich eine markante Erscheinung im Berliner literarischen Leben, hatte zuerst Jura studiert, ging dann aber zur Philologie über und wurde in Berlin städtischer Lehrer. Schon in früheren Jahren beschäftigte er sich mit der russischen Literatur; nach seiner Pensionierung lebte er ausschließlich der Schriftstellerei. Reisen nach Rußland ermöglichten es ihm, in persönliche Beziehungen zu den dortigen bedeutenden Schriftstellern zu treten, in erster Linie zu Gorki, dessen „Nachtasyl" er ziemlich frei übersetzt hat und dem seine Übersetzung einen großen Erfolg in Deutschland verschaffte.

— **Gustav Frenssen** begeht am 19. Oktober in seinem Heimatdorfe Barlt in Dithmarschen seinen 60. Geburtstag.

— **Ein Denkmal für Hoffmann von Fallersleben.** In Fallersleben (Hannover) wurde dem Dichter Hoffmann von Fallersleben ein Denkmal gesetzt. Der Einweihung folgte ein feierlicher Akt mit Reden, Liedervorträgen und musikalischen Darbietungen. Anwesend waren Vertreter der staatlichen Behörden, der Hochschulen Göttingen, Hamburg und Braunschweig, und der Führer des „Seeadler" Graf Luckner. Das Denkmal, eine Schöpfung des Bildhauers Eggert-Fallersleben, stellt die in Sandstein gehauene Büste des Dichters dar; am Unterbau ist ein Schild angebracht mit den Worten: Einigkeit und Recht und Freiheit.

— **Der erste musikwissenschaftliche Kongreß der deutschen Musikgesellschaft,** der Mitte Oktober in Leipzig stattfinden sollte, ist wegen finanzieller Schwierigkeiten abgesagt worden.

— **Eingegangene Orchester.** Das Dresdener Philharmonische Orchester, das Edwin Lindner vor acht Jahren gründete, ist den Zeitnöten zum Opfer gefallen; ebenso kann das der Leitung Emil Bohnkes unterstehende Neue Leipziger Sinfonie-Orchester, das erst im vergangenen Jahre auf Grund des dortigen Philharmonischen Orchesters gebildet wurde, finanzieller Schwierigkeiten halber seine Tätigkeit nicht wieder aufnehmen.

— **Seillière über Spengler.** Aus Paris schreibt unser Berichterstatter: In der Academie des Sciences morales et politiques spricht zurzeit Baron Seillière über die „Alldeutschen der Nachkriegszeit". Hierbei beschäftigte er sich in seiner letzten Vorlesung mit Oswald Spengler und führte etwa folgendes aus: Spengler ist ohne Zweifel der einzige wirklich originelle Geschichtsphilosoph Deutschlands seit Nietzsche. Der „Untergang des Abendlandes" ist das typische Werk eines Deutschen der alten Schule, der allen Regungen der Kunst genau nachgeht, aber allen wirtschaftlichen Evolutionen feindlich gegenübersteht, durchdrungen von dankbarer Bewunderung für das friderizianische Preußen und das „Junkertum", die Einheit und Glück seines Landes schufen. Sein Werk kann als die Vollendung der deutschen Metaphysik gelten, in der künstlerischen und nationalistischen Strömungen ein sehr breiter Raum gewährt wurde. Kant, Goethe, Schiller, Fichte, Hegel, Schopenhauer, Wagner, Nietzsche und Chamberlain bilden die wichtigsten Etappen auf diesem Wege. Hegel schuf die Metaphysik des Geistes, Schopenhauer die des Willens, Spengler jedoch die der Kultur. Der französische Gelehrte widerspricht ganz entschieden der Spenglerschen Schilderung griechischer Kultur, die er vielleicht als geistreich, aber als oftmals karikaturistisch-bizarr verzeichnet darstellte. Das aber hinderte nicht, so schloß er, Spengler als Geistesgröße allerersten Ranges gelten zu lassen, die rückhaltlose Bewunderung verdiene.

— **Ausstellung altdeutscher Kunst in Brüssel.** Im Brüsseler Museum veranstaltet die Direktion eine Ausstellung altdeutscher Kunst aus belgischem Privatbesitz. Wie die „Kunstchronik" erfährt, ist das Hauptstück der Ausstellung ein kostbares Frühwerk des Straßburger Meisters Hans Baldung Grien. Es ist ein Altar mit der Marter des heiligen Sebastian im Mittelstück und stammt aus dem Kunstbesitz der Frau von Goldschmidt-Prizbram. Dieselbe Sammlerin steuert noch ein der altdeutschen Kunstgeschichte wohlbekanntes Nürnberger Werk aus dem Anfang des 15. Jahrhunderts bei: die Darstellung von Maria an der Spindel mit Elisabeth und dem Christusknaben. Bei dieser Gelegenheit kam auf der Rückseite des Bildes eine eindrucksvolle Gefangennahme zum Vorschein, und damit enthüllt sich die Tafel als Teil eines großen Altars, dessen andere Flügel im Nürnberger Museum sind. Von Cranach sieht man auf der Brüsseler Ausstellung die Bildnisse Friedrichs des Weisen und Johannes des Beständigen, dann die große Venus mit dem Amor als Honigdieb.

— **Die Fortsetzung von Kügelgens „Jugenderinnerungen eines alten Mannes" aufgefunden.** Das „Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" bringt die Nachricht, daß der zweite Teil des deutschen Volksbuches demnächst veröffentlicht wird. Die Lebenserinnerungen umfassen die Zeit von 1840 bis zum Tode 1867 und sind aus tagebuchartigen Aufzeichnungen entstanden, die für den in Rußland lebenden Bruder Gerhard, der schon in den Jugenderinnerungen eine große Rolle spielte, bestimmt waren.

aus Es wird uns berichtet, daß der Film auf großer technischer Höhe steht und z. B. in der Darstellung des betrunkenen Gefängniswärters Frosch Wirkungen erreicht, die eben nur der kinematographischen Kunst möglich sind. Der Film ruft jeden Abend großen Heiterkeitserfolg hervor. — Im Kino Colosseum, Św. Marcin 65, wird nur noch bis Donnerstag der polnische Film „Die rote Seuche" oder „Das Geheimnis des Medaillons" gezeigt, dessen Handlung an der bolschewistischen Front spielt. Auch dieser Film wird wegen seiner geschickten Inszenierung und des Spiels der darstellenden Künstler sehr gerühmt.

Ein Angriff auf den Goldenring-Brunnen. Ein Herr „Kilof" (Pseudonym) ist sehr empört darüber, daß sich in Posen noch so viele deutsche Anschriften finden, und gibt dieser Empörung unter dem Titel „Mangel an nationaler Würde" in Nr. 234 des „Wiarus Polski" Ausdruck. Die auf der Rückwand des Brunnens gemeißelte Anschrift „Zum Andenken an Leopold, Lina, Julian Goldenring 1914" hat es dem Herrn „Kilof" sehr angetan, und er führt seine Brüder in Oberschlesien als Beispiel an, die mit derartigen „preußischen Andenken" in einer Nacht aufgeräumt hätten. Und warum das? Die Familie Goldenring war jüdisch — und damit ist eigentlich alles gesagt; denn die Anschrift ist derart, daß man sie direkt suchen muß, um sie zu finden und sich dann künstlich aufzuregen. Herr „Kilof" muß sehr jung oder kein Posener sein; denn sonst würde er wissen, daß der alte Goldenring gerade in polnischen Kreisen eine sehr geschätzte Persönlichkeit war und polnisch-katholische Geistliche zu seinen täglichen Gästen und Abnehmern zählten. Aber die Zeiten ändern sich und mit ihnen die Menschen, und wenn einmal der Brunnen über Nacht verschwinden sollte, dann dürfte man sich nicht wundern.

bw. **Die Barbier- und Friseurinnung** hielt unter zahlreicher Beteiligung und unter dem Vorsitz des Obermeisters Ziemniewicz am Montag abend im Restaurant Koszczyński in der Marstallstraße 1 ihre Quartalssitzung ab. Sie begann mit einer Freisprechung der Lehrlinge. Aus der Stadt Posen wurden 8 männliche und 2 weibliche Lehrlinge und aus der Provinz 6 Lehrlinge freigesprochen, nachdem sie in der vergangenen Woche sämtlich die Prüfung bestanden hatten. Eingeschrieben wurde nur ein Lehrling.

Die landwirtschaftlichen Winterkurse des Landwirtschaftlichen Vereins Kujawien in Inowrocław beginnen Anfang November. Näheres siehe im heutigen Anzeigenteil.

X **Festnahme eines schweren Jungen.** Gestern wurde hier der 23jährige Franz Woźniak festgenommen, der wegen eines Raubüberfalls steckbrieflich verfolgt wurde, den er im vergangenen Jahre in Kattowitz-Niederweiche verübt hat. Ihm waren hierbei 2000 Mk. bares Geld, Ausweispapiere und ein Koffer mit verschiedenen Kleidungsstücken in die Hände gefallen.

X **Ein 30 Millionen-Diebstahl** wurde in einer Wohnung des Hauses ul. Słowackiego 23 (fr. Karlstr.) verübt, aus der ein brauner Koffer mit Nickelbeschlag, 3½ Meter dunkelbrauner Kostümstoff, zwei weiße Tischtücher mit dem Monogramm S. F., 12 weiße Mundtücher und zwei schwarze Winterüberzieher gestohlen wurden.

X **Unfall oder Selbstmord.** Gestern mittag 12 Uhr wurde im Solatscher Parkteich die Leiche des 30jährigen Ignatz Kowalski aus Jersitz gefunden. Ob er Selbstmord verübt hat oder im betrunkenen Zustande in das Wasser geraten und ertrunken ist, steht nicht fest.

X **Freundlich in Empfang genommen** wurde von der Bahnhofspolizei ein gewisser Franz Gibaldło, der mit einem Paar wertvoller Kutschgeschirre hier eintraf, die er in Kobylin gestohlen hatte.

X **Polizeilich festgenommen** wurden gestern 9 Dirnen, 7 Betrunkene, 4 wegen Verdachts der Unzucht, 12 Obdachlose und 1 Person wegen Diebstahls.

* **Bromberg**, 9. Oktober. Der Kasseneinbruch auf dem Bahnhofe hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Auf der Sauerstofflasche befand sich nämlich ein Füllungsvermerk, aus dem ersichtlich war, daß die Flasche in Warschau gefüllt worden war. Die hiesige Kriminalpolizei entsandte sofort Beamte nach Warschau, die auf Grund der Flaschennummer den Abnehmer aufsuchten, einen gewissen Georg Milke in Warschau; sie nahmen ihn in Haft. Als Täter wurden ferner ein gewisser Stanislaus Janicki und ein Jan Pierszyn ermittelt. Beides sind bekannte Warschauer Geldschrankknacker, die dort bereits wegen verschiedener Kasseneinbrüche seit einem Jahre gesucht werden. Ihr „Gastspiel" in Bromberg hat ihnen nur einen sehr kleinen Gewinn eingebracht, denn die zurückgelassenen Gegenstände und die Reisekosten dürften etwa den erbeuteten 20 Millionen gleichwertig sein.

* **Inowrocław**, 6. Oktober. Der landwirtschaftliche Verein „Kujawien" hielt am Mittwoch in der Logenhalle seine Oktobersitzung ab, die den erschienenen Vereinsmitgliedern eine Fülle von Anregung und Belehrung bot. Im geschäftlichen Teil wurden u. a. die Landwirte aufgefordert, sich in Fragen der Arbeiterentlohnung streng an die Tarifsätze zu halten. In das Kuratorium der demnächst in unserer Stadt zu eröffnenden landwirtschaftlichen Winterschule wurden gewählt: Freiherr v. Massenbach, Major Hinsch-Lachmirowice, Dr. Oberländer, Direktor Wenzel, Förster-Modliborzyce und Schrey. Nach Erschöpfung der geschäftlichen Fragen hielt Senator Dr. Busse einen Vortrag über das Gesetz über die Vermögenssteuer, der Vereinsgeschäftsführer Dr. Oberländer über das Thema „Die Ackererde eine lebende Masse", und Dr. Feige über „Tierzüchterische Vererbungsfragen". An alle drei Vorträge schloß sich noch eine rege Aussprache.

* **Krotoschin**, 9. Oktober. Hier gelten bis zum 15. d. Mts. folgende Richtpreise: Brot 1 Pfund 7000 Mk., Semmel 40 Gr. 1500 Mk., Vollmilch Liter 5000 Mk., Magermilch 1800 Mk., Butter Pfd. 75 000 Mk., Weichkäse 7000 Mk., Schweinefleisch 46 000 Mk., die übrigen Fleischsorten 34 000 bis 38 000 Mk., Speck und Schmer 65 000 Mk. und Kartoffeln Zentner 80 000 Mk., pfundweise 900 Mk.

Briefkasten der Schriftleitung.

(Auskünfte werden unseren Lesern gegen Einsendung der Bezugsquittung unentgeltlich aber ohne Gewähr erteilt. Briefliche Auskunft erfolgt nur ausnahmsweise und wenn ein Briefumschlag mit Freimarke beiliegt.)

Nr. 5. 1. Das kann der Hauswirt nicht, da er bisher dagegen keinen Einwand erhoben hat. 2. Auch bei einer Klage durch den Hauswirt kann die Entscheidung nur gegen ihn ausfallen. 3. Nur auf eine Dreizimmerwohnung; das vierte werden Sie vermieten müssen. 4. Wir würden Ihnen empfehlen, dem Hauswirt unter Vermeidung aller persönlichen Spitzen die Gründe für die Ablehnung seiner beiden Anerbieten schriftlich zu wiederholen. Im übrigen können Sie in aller Ruhe der Entscheidung des Mietseinigungsamts entgegensehen.

J. K. in T. a) Da eine schriftliche Vereinbarung über die Rückgabe der 500 000 Mk. offenbar nicht vorliegt, müssen Sie sich damit einverstanden erklären, daß Sie Ihr Geld nach dem Nennwerte, d. h. mit 500 000 Mk. zurückerhalten. b) Das Recht steht Ihrem Schuldner, wenn Sie die Annahme des Geldes verweigern, zu. c) Wir halten die Klage für Sie für aussichtslos.

S. in P. Derartige landwirtschaftliche Winterschulen werden in Inowrocław und in Birnbaum Anfang November d. Js. wieder eröffnet.

S. G. hier. 1. Die Option gilt für den Optanten für sein ganzes Leben. Von einem Verlust der Staatsangehörigkeit kann nicht die Rede sein, auch aus dem von Ihnen angeführten Grunde nicht. 2. Ja.

Dr. K. Die Einschreibungen bei der Landwirtschaftlichen Hochschule in Posen haben für dieses Jahr mit dem 30. September ihr Ende erreicht. Ausnahmsweise kann der Dekan noch eine nachträgliche Einschreibung zulassen. Vorbedingung für die Einschreibung ist das Reifezeugnis einer achtklassigen höheren Lehranstalt. Die Vorlesungen werden am 11. Oktober aufgenommen.

Handel und Wirtschaft.

Handel.

♂ **Neue Bedingungen zur Erlangung von Ausfuhrerlaubnissen für Rohholz aus Polen.** Vom 21. August ab sind neue Bedingungen für die Rohholzausfuhr in Kraft getreten. Sie lauten: 1. Manipulationsgebühr 20 000 Pmk. für 1 Waggon von 10 000 Kilo. 2. Ausfuhrabgabe: 5 Sh. von 1 Fm. Nadelbauholz; 4 Sh. von 1 Fm. Grubenholz, Papierholz, Telegraphenstangen und Brennholz; 10 Sh. von 1 Fm. Espe (betrachtend die Ausfuhr von Espe als verboten); 5 Sh. von 1 Fm. anderer Holzgattungen. 3. Einzahlung von 30 Proz. des Exportwertes von Devisen an die Polska Krajowa Kasa Pożyczkowa und Einwechslung in polnische Mark. Die obige Quote wird, wie folgt, ohne Untersuchung der Kontrakte festgesetzt: 1 Fm. zu 15 Sh. Grubenholz, 1 Fm. zu 24 Sh. Telegraphenstangen, 1 Fm. zu 25 Sh. Tanne, Ahorn, Lärche, Rottanne, 1 Fm. zu 30 Sh. Fichte, Birke, Erle, 1 Fm. zu 35 Sh. Buche, 1 Fm. zu 40 Sh. Weide, Linde, Pappel, Esche, 1 Fm. zu 45 Sh. Espe, 1 Fm. zu 50 Sh. Ulme, Weißbuche, 1 Fm. zu 60 Sh. Eiche, Rüster, 1 Fm. Brennholz 1,25 Dollar, 1 Rohmeter Papierholz 2,60 Dollar. 4. Die Bedingungen unter 2 und 3 können in der Zeit von vier Monaten seit der Erlangung der Ausfuhrerlaubnis erfüllt werden, vorausgesetzt, daß die betreffende Firma einen notariell beglaubigten Garantiebrief einer Devisenbank hinterlegt. Die Bankgarantie muß auf Pfund Sterling resp. Dollars lauten und durch die Bankabteilung des Finanzministeriums (Warschau, Rymarska 5, Zimmer 59 und 62) genehmigt werden. Die Polnische Landesdarlehnskasse nimmt auch Schweizerfrancs und holländische Gulden entgegen. 5. Alle Einzahlungen in fremden Valuten sollen grundsätzlich nicht in bar, sondern in Auslandsüberweisungen erledigt werden. 6. Firmen, die zum ersten Mal sich um die Ausfuhrerlaubnis bemühen, müssen unbedingt die Abschrift des Handelszertifikats 1. Kategorie resp. des entsprechenden Gewerbescheins hinzufügen.

♂ **Die Einfuhr schwedischer Erze nach Polnisch-Oberschlesien.** Die Einfuhr schwedischer Erze nach Polnisch-Oberschlesien belief sich laut „Industrie-Kurier" im Monat Juni auf 39 275 To. und im Monat Juli auf 48 544 To.

Wirtschaft.

♀ **Die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter.** Über Initiative des Arbeitsministeriums ist es zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitgebern und den Arbeitnehmern zu einer Einigung bezüglich der neuen Grundlage der Lohnberechnung in der Landwirtschaft gekommen. Wie bekannt, ist die Grundlage der Preis von 1 Meterzentner Korn. Der bisherige, als Grundlage geltende Preis war 390 000 Mkp. Es ist nun der Preis mit 550 000 Mkp. angenommen und beschlossen worden, daß die Arbeiter bei Preissteigerungen eine prozentuelle Erhöhung erhalten sollen.

♀ **Kampf gegen gefälschte Firmenbezeichnungen.** Der Minister des Äußern hat sich an den Sejm mit der Bitte gewandt, das Gesetz über den Schutz des gewerblichen Eigentums baldigst zu erledigen. Der Minister erklärte, daß er auf Ersuchen vieler ausländischer Firmen einschreite, die sich darüber beklagen, daß polnische Firmen ihre Firmenbezeichnungen beim Handel durch Nachahmungen mißbrauchen.

Industrie.

⊙ **Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung.** Die ostoberschlesische Steinkohlenförderung belief sich laut „Industrie-Kurier" in der Zeit vom 17.—23. September an 6 Fördertagen bei einer förderläglichen Leistung von 80 459 To. (Vorwoche 81 745 To.) auf insgesamt: 482 755 To. (490 469). Davon verblieben innerhalb Polnisch-Oberschlesiens 152 393 To. (152 759), nach dem übrigen Polen gelangten 121 533 To. (125 698), nach Deutsch-Oberschlesien 20 410 To. (20 741), nach dem übrigen Deutschland 91 075 To. (95 594), Deutsch-Österreich 38 696 To. (50 948), Tschechoslowakei 34 931 To. (30 855), Ungarn 1962 To. (2260), Danzig 1006 To. (998), Schweiz 8742 To. (4467), Rumänien 9716 To. (8294), Südslawien 90 To. (255), Italien 160 To. (—), Dänemark 150 To. (—), Schweden 150 To. (—), Memel 125 To. (—). Der Kohlenbestand betrug am letzten Tage der Berichtswoche 245 215 To. (237 869). Es konnten alle 40 747 angeforderten Wagen gestellt werden.

Von den Aktiengesellschaften.

„**Homosan**" T. A. in Kostschin. Auf Beschluß der Generalversammlung vom 28. 7. 23 ist das Aktienkapital der Firma um 148 Millionen auf 185 Millionen Mkp. nom. erhöht worden. Es wird die V. Emission ausgegeben. Die Aktionäre erhalten auf jede Aktie zu 1000 Mkp. nom. 3000 nom. zum Kurse von 300 Proz. und 1000 Mkp. nom. zum Kurse von 2000 Proz. Die jungen Aktien sind ab 1. 10. 23 dividendenberechtigt. Das Bezugsrecht kann bei der Bank Związku Spółek Zarobkowych ausgeübt werden. Ablauf des Termins am 25. 10. 23.

Von den Märkten.

Edelmetall. Warschau, 8. 10. 23. Gold 650, Platin 3500 Silber 20, Silberrubel 270.

Kohle und Koks. Sosnowice, 7. 10. 23. (In Tausend Mkp. t für die Zeit vom 1.—15. 10). Stückkohle, Würfel I. 1500, II. 1450. Nuß I. 1380, II. 1285, III. 980, Grieß 920, Staub mit Grieß 537, Staub 430, Koks gewöhnlich I. 940, II. 800, III. 675. Unsortiert 1030. Zu diesen Preisen wird die Kohlensteuer hinzugerechnet.

Metalle. Berlin, 8. 10. 23. Raff. Kupfer 245—250, Original Hüttenweichblei 100—105, Hüttenrohzink in freiem Handel 125—130, Remelted 100—110, Original Aluminium in Blocks 470—480, Zinn (Banka, Straits u. Austral.) 830—850, Hüttenzinn 810—830, Reinnickel 470—490, Antimon Regulus 105—110, Silber in Barren 18250 bis 18750.

Neuyork, 6. 10. 23. Elektrolytkupfer 13.25, Zinn 42.75, Blei 6.92, Zink 6.27, Roheisen 23.25, Weißbleich 5.62.

Börse.

⧧ **Warschauer Börse vom 9. 10. 23.** Die Devisenbörse war gestern fest und zog am Ende weiter an. Der Dollar wurde mit 630 000 offiziell notiert, das engl. Pfund 2 871 000, der Schweizer Frank 112 800, der holl. Gulden 247 800. Die Goldanleihe notierte mit 470—350 000, für die Miljonówka wurden 5360—5400 bezahlt. Am Effektenmarkt ist die Tendenz nicht einheitlich gewesen, und am Schluß der Börse schwächt die Tendenz baissearig ab. Der große Bedarf an Bargeld, das starke Engagement an der Devisenbörse, in fast allen Spekulationskreisen, ist mit ein Grund zu dieser ganz ungerechtfertigten Abschwächung auf dem Effektenmarkt. Eine Besserung muß in dieser Woche nicht mehr stattfinden, kann jedoch sehr schnell eintreten, wenn irgend welche Maßnahmen auf dem Devisenmarkt erfolgen unter deren Eindruck die starke Nachfrage für Devisen abgelenkt wird. In Wirklichkeit ist dieses augenblickliche rapide Nachgeben nicht von besonders großer Bedeutung. Es notieren: Bk. Handlowy — 965, Bk. Zachodni + 1200, Bk. Związku Spół. Zarob. 600, Modrzejów — 2350, Starachowice — 985, Parowóz —130, Pocisk —190, Zieleniewski —4125, Żyrardów —102 500, Ursus — 385, Tow. Fabr. Cukru 3575 —2900 —3050, Polska Nafta —105, Nobel —450, Ćmielów +470, Haberbusch 1800, Częstocice +12250, Chodorów —1625, Tepege 1350, Cerata +80, Przem. Naftowy —440, Belpol —35, Polski Lloyd +54, Cegielski —230, Warsz. Kop. Węgla +1900, kleine +2200, Michałów —435, Tkanina 35.

⧧ Krakauer Börse v. 8. 10. 23. Die Tendenz an der Börse war zum Teil fest, zum Teil nachgebend, da ein großer Teil der Käufer ihre Aktienwerte realisieren wollte. Bankaktien blieben im allgemeinen fester als Industriewerte. Es notieren offizielle Werte: Bk. Przemysłowy 185—195, Bk. Hypoteczny 180—225, Bk. Małopolski 245 bis 290, Bk. Związku Społ. Zarobk. 560—575, Tohan 175—195, Imper 3000—3450, Zieleniewski 3500—3850, Cegielski 270—232, Pharma 190—200, Parowóz 150—180, Niemojewski 190, Górka 4800—5200, Tepege 1300—1400, Polska Nafta 140—160, Oikos 1500—1650, Ćmielów 500—520, Chorodów 1700—1925, Siersza górn. 2650—2800, Pokucie 260. Nichtnotierte Werte: Jaworzno 9100—9000, Gaz 11500, Chybie 2600—2650, Len 350—300—320, Kolumbia 30—27.

⧧ **Ostdevisen in Berlin.** Auszahlung: Bukarest 3 780 000 G. 3 820 000 B. (10 %), Kattowitz 678 G., 692 B., Reval 2 408 000 G., 2 432 000 B., (33⅓ %), Kowno 79 000 G., 80 800 000 B. — Noten: Poln. Mark 647 G., 673 B., lettische Rubel 3 135 000 G., 3 265 000 B., estnische Mark 2 300 000 G., 2 400 000 B., Litauer 76 000 000 G., 79 000 000 B.

⧧ **Der Dollar in Polen** errechnet aus der Danziger Parität 1 000 000 Mkp. (1 Dollar = 4.20 Goldmark). Die Goldmark aus dem Danziger Kurs **238 000 Mark polnisch.**

Kurse der Posener Börse.

Devisen:	9. Oktober	8. Oktober
Dollar	—,—	925 000
Bankaktien:		
Kwilecki, Potocki i Ska. I.-VIII. Em.	26 000—28 000	28 000
Bank Przemysłowców I. Em.	45 000—50 000	40 000—45 000
Bank Zw. Spółek Zarobk. I.-X. Em. (ohne Bezugsrecht)	—,—	50 000—55 000
Polski Bank Handl., Poznań I.-VIII.	30 000	30 000
Pozn. Bank Ziemian I.—V. Em.	9000—8000	10 000
Industrieaktien:		
Arcona I.—IV. Em. (exkl. Kup.)	—,—	80 000
Bydgoska Fabryka Mydeł I. Em.	—,—	25 000—27 000
R. Barcikowski I.—VI. Em.	30 000	30 000
H. Cegielski I.—IX. Em.	26 000—18 000	36 000—30 000 —35 000
Centrala Rolników I.—VI. Em.	8500	8000—9000
Centrala Skór I.—V. Em.	50 000—45 000	90 000
Cukrownia Zduny I.—II. Em.	1 350 000	—,—
Dębienko I.—IV. Em.	—,—	60 000
Fabr. Mebli i Obróbki Drzewa Swarzędz I.—II. Em.	—,—	20 000
Garbarnia Sawicki, Opalenica I. Em.	60 000	60 000
Galwana Bydgoszcz I.—III. Em.	—,—	25 000
Goplana I.—II. Em.	—,—	55 000
C. Hartwig I.—VI. Em.	11 000—8 000	14 000—15 000
Hartwig Kantorowicz I. Em.	75 000—65 000	80 000—75 000
Homosan I.—III. Em.	—,—	40 000
Hurtownia Drogeryjna I.—III. Em.	—,—	4800
Hurtownia Związkowa I.—III. Em.	8 000	10 000
Hurtownia Skór I.—III. Em.	40 000—35 000	40 000
Herzfeld-Viktorius I.—II. Em.	120 000	200 000-220 000 —180 000
Iskra I.—III. Em.	55 000—50 000	50 000—55 000
Lubań, Fabryka przetw. ziemn. I.-IV. (exkl. Kup.)	1600000-1500000	1600000-1650000
Dr. Roman May I.—IV. Em.	1 000 000-950 000	1 000 000
Młyn Ziemiański I. Em. o. Bezugsr.	65 000—60 000	75 000—65 000
Młynotwórnia I.—V. Em.	70 000—65 000	75 000
Papiernia, Bydgoszcz I.—IV. Em.	18 000	23 000—24 000
S. Pendowski I.—III. Em.	37 000—35 000	40 000
„Płótno" I.—II. Em.	60 000—55 000	60 000—70 000
Pneumatik I.—III. Em.	7000—6000	8000—9000
Pozn. Spółka Drzewna I.-VI. Em.	—,—	80 000—90 000 —85 000
Starogradzka Fabr. Mebli I.-II. Em.	—,—	45 000
Tartak we Wrześni I.—II. Em.	12 500—12 000	13 000
Tkanina I.—IV. Em.	30 000	40 000
Tri I.—III. Em.	—,—	50 000
„Unja" (früher Bentzki) I. u. III. Em.	160 000-110 000 —120 000	240 000-210 000
Waggon Ostrowo I.—IV. Em.	55 000—65 000	—,—
Wisła, Bydgoszcz I.—II. Em.	—,—	350 000
Wytwornia Chemiczna I.—IV. Em.	11 000—10 000	12 000—14 000 —13 000
Zjed. Browar. Grodziskie I.—III. Em.	35 000	70000—60000

Tendenz: im allgemeinen schwach.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 10. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

(Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kg. bei sofortiger Waggon-Lieferung.)

Weizen	2 000 000—2 200 000	Roggenkleie	680 000
Roggen	1 100 000—1 200 000	Hafer	900 000—1 000 000
Roggenmehl	2 000 000—2 200 000	Eßkartoffeln	200 000—220 000
Weizenmehl (inkl. Säcke)	3 300 000—3 600 000	Fabrikkartoffeln	160 000—180 000
		Roggenstroh, lose	90 000—100 000
Gerste	1 000 000—1 100 000	„ gepr.	125 000—140 000
Braugerste	1 300 000—1 400 000	Heu, lose	125 000—140 000
Weizenkleie	720 000	„ gepr.	160 000—180 000

Marktsituation unverändert. Tendenz etwas schwächer.

Posener Viehmarkt vom 10. Oktober 1923.

(Ohne Gewähr.)

Es wurden gezahlt für 100 Kilogramm Lebendgewicht:

I. **Rinder:** I. Sorte 5 800 000—6 000 000 M., II. Sorte 5 000 000—5 200 000 M., III. Sorte 4 000 000 M. — **Kälber:** I. Sorte 7 200 000 M., II. Sorte 6 400 000—6 600 000 M., III. Sorte 5 400 000—5 800 000 M.

II. **Schafe:** I. Sorte 4 900 000—5 000 000 M., II. Sorte 4 200 000—4 400 000 M., III. Sorte 3 400 000—3 600 000 M.

III. **Schweine:** I. Sorte 9 800 000 M., II. Sorte 8 800 000 bis 8 900 000 M., III. Sorte 7 600 000—8 000 000 M.

Der Auftrieb betrug: 7 Ochsen, 95 Bullen, 163 Kühe, 226 Kälber, 1005 Schweine, 130 Schafe, 33 Ziegen. — Tendenz: sehr lebhaft.

Danziger Mittagskurse vom 10. Oktober.

Polenmark in Danzig 320 000

Dollar in Danzig .... 2 700 000 000—3 200 000 000

Warschauer Vorbörse vom 10. Oktober.

Deutsche Mark in Warschau	0,0005
Dollar	623 000
Englische Pfund in Warschau	2 872 000
Schweizer Franken in Warschau	112 800
Französischer Franken in Warschau	38 100

Warschauer Börse vom 9. Oktober.

Devisen:

Belgien	32 200	Paris	37 700
Berlin und Danzig	0.0006	Prag	18 670
London	2 872 000—2 871 000	Schweiz	112 800
Neuyork	630 000	Wien	8.95
Holland	247 800	Italien	28 650

Die heutige Ausgabe hat 6 Seiten.

Hauptschriftleitung: Dr. Wilhelm Loewenthal.
Verantwortlich: für Polen und Osteuropa Dr. Wilhelm Loewenthal; für den übrigen politischen Teil Dr. Martin Meister; für Stadt und Land Rudolf Herbrechtsmeyer; für Handel und Wirtschaft und den übrigen unpolitischen Teil Robert Styra; für den Anzeigenteil M. Grundmann. — Druck u. Verlag der Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt, T. A., sämtlich in Poznań.